

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 122 - Juli/August 1990

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Inhalt
50. Todestag
Leo Trotzki
Seiten 6 und 7
Türkei:
Die Arbeiter
haben genug
Seite 9

Staatsvertrag: Unternehmer kassieren

Mit der Einführung der D-Mark und den anderen Bestimmungen des Staatsvertrages wird die DDR in den nächsten Monaten ein Abschachten von Industriebetrieben erleben, das die Demontagepolitik der Besatzungsmächte in Deutschland nach 1945 ebenso wie die Wirtschaftspolitik Thatchers und Pinochets weit in den Schatten zu stellen droht.

Arbeitnehmer bezahlen!

SPD muß den Kurs wechseln und die Regierung bekämpfen!

40 Jahre lang hatte die abgehobene Ost-Berliner Bürokratie die Vorzüge einer Planwirtschaft immer mehr zu nichte gemacht. Und jetzt werden schlagartig die Chefetagen westdeutscher Konzerne, Banken und Versicherungen die neuen Herrscher in der (Noch-)DDR. Gab oder gibt es hierzu wirklich keine Alternative?

Auch wenn viele DDR-Betriebe im Vergleich zur BRD veraltet sind - es war nicht die Planwirtschaft an sich, die die Lebensverhältnisse so untraglich machte, sondern deren Lenkung durch eine totalitäre, keinen Widerspruch duldende Bürokratie. Wo aber nur Befehle von oben nach unten gegeben werden und keine Kontrolle und Verwaltung durch die Masse der arbeitenden Bevölkerung stattfindet, müssen Verschwendung und Fehlplanung am Bedarf vorbei zwangsläufig die Folge sein.

Ohne Bevormundung durch Ost-Berliner Zentralinstanzen oder westliche Konzernleitungen könnten in den verstaatlichten Betrieben in der DDR die Kompetenz jedes Arbeiters, Technikers oder Wissenschaftlers so zum Zuge kommen, daß die niedrige Arbeitsproduktivität rasch angehoben würde und damit staatliche Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen möglich wären. Eine schonungslose Offenlegung der Lage von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft unter der Kontrolle von gewählten Vertretern der Belegschaften wäre der Ausgangspunkt für einen raschen Wiederaufbau. Westliche Technologie und Hilfe aller Art ist sicherlich nützlich - aber nur ohne die im Wesentlichen übliche ersatzlose Weg-Rationalisierung von Arbeitskräften und gesundheitsschädliche Arbeitsetze. Kohl und Kapital vergleichen Krokodilstränen über die Umweltverschmutzung in der DDR, verschweigen dabei die bisher gewaltigen Müllimporte aus der BRD und lassen jetzt das bisherige DDR-System der Rohstoffverwertung (SERO) kaputtgehen.

Mit jedem Betrieb, der privatisiert wird, in Konkurs geht oder von den Krediten westlicher Banken abhängig wird, sinkt die Chance für die Arbeiter in der DDR, die Wirtschaft und Gesellschaft im eigenen Interesse und unter eigener Regie neu auszubauen. Die Zerschlagung von sozialen Errungen-

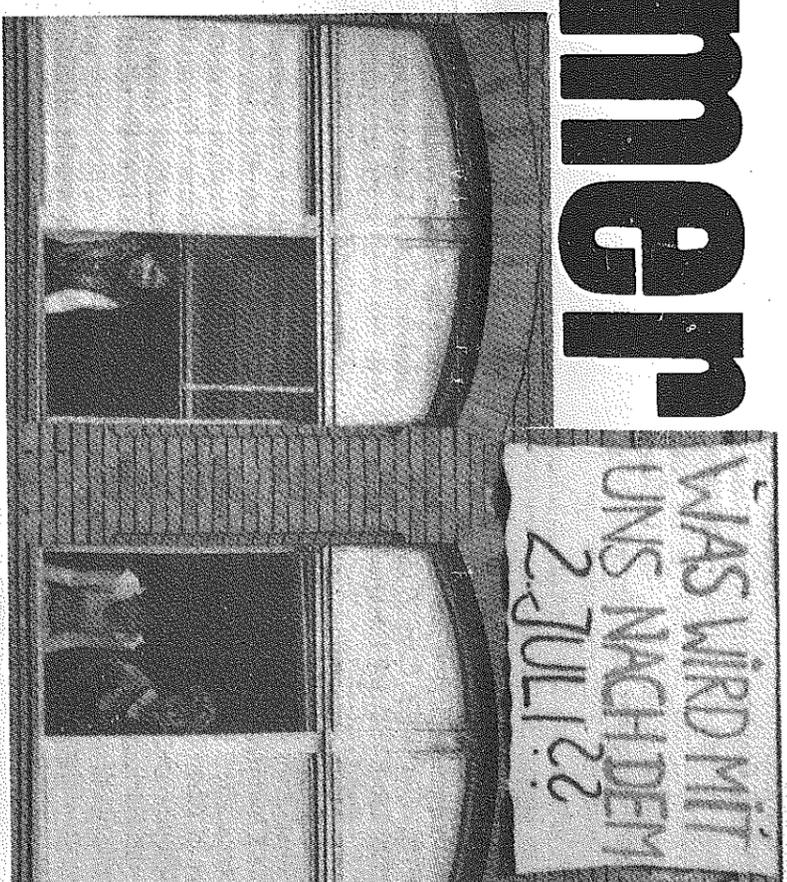
schaffen wie Kindergärten und -krippen, Alten- und Schulspisung wird deutlich machen, daß die Marktwirtschaft alles andere als „sozial“ ist.

Das künftige sozialistische Gesamtdeutschland wird eine weitere Million Arbeiterlose haben, ein erhebliches Ost-West-Gefälle aufweisen und von Spannungen und Erschütterungen gekennzeichnet sein. Das war es nicht, wofür die DDR-Revolutionäre im letzten Herbst auf die Straße gegangen sind. Viele werden daraus die Konsequenz ziehen, daß eine neue, diesmal aber gesamtdeutsche Revolution notwendig ist.

Die Versprechen Helmut Kohls werden sich demnächst - vielleicht erst kurz nach der Bundestagswahl - als leer erweisen: Die Arbeiter der heutigen BRD werden ebenfalls zur Kasse für Kohls Politik gebeten werden. Steuererhöhungen und Kürzungen sind dann so sicher wie das Amen in der Kirche, wenn wir nicht jetzt schon beginnen. Kohl einen Riegel vorzuschieben.

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
SPD-Mitglied

Siehe auch Seite 2



VORAN-Interview mit
Günter Verheugen SPD-MdB
„Die Mehrheitsverhältnisse in der Partei sind nach meiner Einschätzung genau umgekehrt im Vergleich zu denen in Fraktion und Parteivorstand.“
Seite 2

Helft mit beim Aufbau
einer sozialistischen Alternative!
Spendet für VORAN!
Kohl und die Bonner Unternehmerregierung meinen wohl, sie können sich alles leisten und den Arbeitern, den Frauen und der Jugend allerhand zumuten. Wir wollen denen da oben mal zeigen, daß sie sich gewaltig täuschen. Ein Programm für Arbeiterdemokratie und Sozialismus, gegen Unternehmer und Bürokraten - dafür werben wir in der Arbeiterbewegung. Unterstütze auch Du unseren Kampf!
(siehe auf Seite 10)

Wir brauchen

mehr Kindertagesstätten
mehr Personal siehe Seite 3

Der Kommentar

SPD - radikaler Kurswechsel nötig

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mußte die CDU schwere Niederlagen einstecken. Doch wenig später schien Kohls Kalkulation, durch eine regelrechte „Flucht nach vorne“ die SPD in die Krise zu stürzen, aufgegangen zu sein. Die verantwortlichen Strategen der Bonner-SPD-Baracke schafften es virtuos, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß Kohl „die Sache schon im Griff hat“ und eigentlich nur noch die SPD und ihr Kanzlerkandidat nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen. Auch wenn Kohl und Kapital den Staatsvertrag und gesamtdeutsche Wahlen ohne direkte Befragung des Volkes und wider alle demokratischen Prinzipien durchzusehen – die große Mehrheit der SPD-Bundesfraktion wollte „aus nationaler Verantwortung“ nicht das Spiel verderben. „Dabeisein“ ist für die Genossen alles.

Daß ein Dreivierteljahr nach dem Beginn der DDR-Revolution Kohl und Kapital momentan ein so leichtes Spiel haben, ist wesentlich auch von unserer SPD-Spitze zu verantworten. Sie hat (Oskar Lafontaine eingeschlossen) die neugebildete DDR-SPD wesentlich in der Propagierung der „Marktwirtschaft“ bestärkt und ihr die Rolle als „Juniorpartner“ in der Großen Koalition zugewiesen. Daß die Ost-CDU über Nacht von einer stalinistischen Blockpartei zu einer Agentur von Kohl und Kapital werden konnte, die zielstrebig die Planwirtschaft im Interesse des BRD-Kapitalismus zerschlägt, ist auch mit ein „Verdienst“ der SPD-Führung.

Kritik an der SPD-Politik

Die Erfahrungen der ersten Monate der „Großen Koalition“ haben in der DDR-SPD tiefe Spuren hinterlassen: Die Mitgliederzahl ist auf ganze 30.000 zurückgegangen, und beim jüngsten Parteitag in Halle kritisierten viele Delegierte, daß die aktuelle SPD-Politik sich kaum noch von der CDU unterscheidet. Jubel und Beifall bekam die Parteiveteranin Käthe Woltemath, als sie feststellte, daß sich die Volkskammerfraktion von der Basis abgehängt habe, die Identität der Partei verschwommen sei und die SPD auch nicht davor gefeit sei, von Karriere machern mißbraucht zu werden. Bei der Wahl eines neuen Vorsitzenden setzte sich der kurzfristig „von unten“ aufgestellte Wolfgang Thierse bereits im ersten Wahlgang gegen die beiden offiziellen Kandidaten des Vorstandes – beide übrigens Pastoren – durch.

Die Revolution in der DDR hatte im letzten Herbst als spontane Massenbewegung gegen Bürokratie, Korruption und Privilegien begonnen. Und jetzt genehmigten sich die frischgewählten Volkskammer-Abgeordneten, genauso wie ihre „Kollegen“ aus der BRD, noch rasch eine kräftige Erhöhung ihrer Diäten und Gehälter. Markus Meckel beispielsweise bezieht als Außenminister ein Monatsgehalt von über 14.000 Mark.

Während sich die Ost-SPD-Minister ihren Frieden mit Kohl und Kapital immerhin relativ üppig vergüten lassen, scheint die SPD-Fraktionsspitze in Bonn auch mit einer inoffiziellen Großen Koalition zu leben zu können. Doch auch nur die Andeutung einer Großen Koalition mit CDU und CSU (in Bayern, im Bund oder anderswo) vergrößert die Gefahr, daß die schwankenden Wähler dann gleich das bürgerliche Original und nicht die sozialdemokratische Kopie bevorzugen, und die SPD auch im kommenden Winter wieder die Wahlen wieder verliert.

Enttäuschte Hoffnungen

Die von vielen in der DDR mit Währungsunion und Privatisierung verbundenen Hoffnungen auf ein neues „Wirtschaftswunder“ werden nicht ausgehen. Es wird einige Gewinner, aber vor allem viele Verlierer geben. Anfängliche Hoffnung könnte schon bald neuer Ratlosigkeit, Verbitterung und Wut weichen. Es wird vielen in der DDR dämmern, daß man ihre Hoffnungen auf Wiedervereinigung und hohen Lebensstandard mißbraucht hat und daß eine zweite, diesmal gesamtdeutsche Revolution notwendig ist.

Bei gesamtdeutschen Wahlen werden sich die Hoffnungen vieler Arbeiter in Ost und West auf die SPD richten. In ihr steckt das Potential, als die gesamtdeutsche Arbeiterpartei schlechthin eine Mehrheit zu gewinnen. Doch Lafontaines Spekulation, daß sich seine Warnungen als richtig erweisen und dies alleine schon die Massen der SPD in die Arme treibt, muß so nicht unbedingt aufgehen.

Die SPD-Spitze muß einem zu erwartenden „Anti-Sozialismus“-Wahlkampf der CDU eine positive Alternative entgegensetzen. Wenn sie es versteht, die arbeitfeindlichen Folgen von Kohls Politik herauszustellen und daraus die Schlußfolgerung zieht, ernsthaft das Kapital anzugreifen, wird sie die Wahl gewinnen. Die enormen Aufgaben im sozialen Bereich und in der Umwelt haben wie drüben lassen sich nur lösen, wenn man die Gelder zur Verfügung hat, die die Unternehmer mit ihren Rekordgewinnen in letzter Zeit eingefahren haben. Dazu wird es letztendlich notwendig sein, die großen Konzerne zu verstaatlichen und unter demokratische Arbeiterkontrolle zu stellen.

Ein radikaler Kurswechsel ist notwendig, nicht loyale und brave Zustimmung zu Privatisierung und Sozialabbau. Die SPD muß sich als klare Alternative in den besten Traditionen der kämpferischen Arbeiterbewegung präsentieren. So muß die Zusammenarbeit in der Großen Koalition in der DDR sofort aufgekündigt werden. Einheit im Interesse des Volkes – ohne Kohl und Kapital!

Interview mit Günter Verheugen „Die Arbeitnehmer werden belastet“

Günter Verheugen ist einer von 25 SPD-Abgeordneten, die Ende Juni im Bundestag den Staatsvertrag ablehnten. In einem Interview erklärt er VORAN, warum.

VORAN: Was waren für Dich die Gründe, entgegen der Fraktionsmehrheit den Staatsvertrag abzulehnen?

G. Verheugen: Das Inkrafttreten des Staatsvertrages löst eine dynamische Entwicklung aus, die zum Vollzug der deutschen Einheit noch in diesem Jahr führt. Wir bekommen die Vereinigung in einem Umfeld, das außen- und sicherheitspolitisch noch nicht ausreichend geklärt ist.

Vor allem aber werden in der heutigen DDR Bedingungen geschaffen, die zu schweren sozialen Konflikten führen – in der DDR und nach meiner festen Überzeugung wenig später auch in der Bundesrepublik. Die DDR wird ohne Übergangsstufen den Bedingungen des Weltmarktes ausgesetzt – das werden große Teile der heutigen DDR-Wirtschaft nicht überleben. Massenarbeitslosigkeit wird die Folge sein. Zusätzliche erhebliche Belastungen für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik werden sich daraus ergeben. Das soziale Gefälle wird sich vergrößern; um dies auszugleichen, werden die Arbeitnehmer in der Bundes-

republik zusätzlich belastet werden – im Bereich von Steuern, Abgaben, Preisen, aber auch Mieten und Hypothekenzinsen.

Bei einer planvolleren, von den Interessen der Menschen bestimmten Politik hätte sich dies vermeiden lassen.

Also ein Gefälle wie in Italien zwischen Norden und Süden, nur mit dem Unterschied, daß die Industrieerlöbe in der DDR alles bisher Erlebte in den Schatten stellt?

Es ist jedenfalls eine ganz reale Gefahr, daß die DDR ein großes Billigwarenhaus wird. Es ist schon jetzt deutlich zu erkennen, daß nicht die Produktionsstätten in der DDR verlagert werden, sondern Distributionsstätten (Distribution = Verteilung, d. Red.) und Vertriebsnetze. Was die DDR aber braucht, ist Wachstum auf der Grundlage stabiler Produktion. Das ist nicht gegeben.

Hat die Mehrheit der SPD-Bundesfraktion Angst davor, wieder als „vaterlandlose Geister“ dazustehen? Dieses ist eigentlich nicht ausge-



Günter Verheugen

sprochen worden. Ich selber glaube aber, daß das Verhalten eines großen Teils der SPD-Führung und auch der Bundesfraktion nicht anders zu erklären ist, als daß viele denken, sie kommen erneut in den Ruch der nationalen Unzuverlässigkeit, wenn sie nicht mit „Ja“ stimmen. Ich bin nicht gegen die Einheit, will sie aber unter Bedingungen, die für die Menschen in Deutschland und genauso die Menschen rundherum nötig und erträglich sind.

Du warst auch für ein striktes Nein der SPD im Bundestag ...

Das ja im Bundestag bedeutet, daß man nachträglich Kohls Politik noch gutheißt. Ich war als einziger in Bundesfraktion und Parlament der Meinung, wer im Bundestag „Nein“ sagt, muß auch bereit sein, das Risiko eines Scheiterns des Staatsvertrages in Kauf zu nehmen. Damit meine ich, daß man die noch verbleibende Zeit hätte nutzen müssen, um noch sehr viel weitergehende Bedingungen zu stellen, als sie die SPD gestellt hat.

Wie schätzt Du die Haltung der Par- teimitgliedschaft zum Staatsvertrag ein?

Ich bin aufgrund eigenen Nachdenkens zu meinem „Nein“ gekommen. Aber ich habe mich bestärkt gefühlt durch die Auffassung, die ich in der Partei und in den Gewerkschaften vorgefunden habe. In den letzten Wochen habe ich kaum jemanden unterhalb der Führungsebene mehr getroffen, der diesen Staatsvertrag noch für richtig hält. Die Mehrheitsverhältnisse in der Partei sind nach meiner Einschätzung genau umgekehrt im Vergleich zu denen in Fraktion und Parteivorstand.

Vielen Dank für das Interview.

Staatsvertrag Angriffe von Kohl und Kapital abwehren!

In der Bundestagsdebatte über den Staatsvertrag führten Redner aus der SPD-Fraktion eine Reihe von Argumenten gegen die unsozialen Auswirkungen und das undemokratische Vorgehen von Kohl und Kapital an. Umso mehr war es ein schwerer Fehler, daß die überwiegende Mehrheit der SPD-Fraktion und fünf von sieben SPD-geläufigen Bundesländern schließlich dem Staatsvertrag zustimmten. Dadurch ist es für Kohl und Kapital einfacher geworden, ein vereinigtes Deutschland nach ihren Interessen zu gestalten.

VORAN lehnt den Staatsvertrag ab, weil er eine Vereinigung ganz nach kapitalistischem Diktat bringt und die Methoden, mit denen alles durchgeführt wird, elementaren demokratischen Grundsätzen widersprechen. VORAN schlägt an Industriebetrieben und soziale Errungenschaften sowie verstaatlichte Aufstellung der Polizei stehen

Salamiaktik werden zuerst die Ausländer aus den Betrieben rausgeschickt, dann schickt man die Älteren in den Vorruckstand und die Frauen zurück zu Kindern und Küche, und schließlich werden nur noch wenige übrig-

bleiben, die sich noch wehren können. Arbeiter, vor allem auch Frauen und Jugendliche müssen sich diesen Spaltungsversuchen widersetzen. SPD und Gewerkschaften, die im Herbst organisatorisch vereinigt sein werden, innerhalb der DDR wie auch zwischen Arbeitern in Ost und West widerstehen. Die SPD muß ihren Kurs radikal ändern: raus aus der Großen Koalition in der DDR; Schluß mit der Tolerierungspolitik in Bonn!

Statt Anschluß der DDR nach Artikel 23: Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, die eine grundlegende neue Verfassung ausarbeitet.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Ofinger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH Heesstraße 26-28 4300 Essen 11

Mangel an Kindertagesstätten und zuwenig Personal

Kampf dem Erziehungsnotstand

Der Jugendbericht der Bundesregierung brachte es an den Tag: In der BRD herrscht ein katastrophaler Mangel an Kindertagesstätten und Krippenplätzen. Während in Dänemark 44%, in Frankreich und Belgien zwischen 20 und 25% der Kinder bis zu 3 Jahren einen Krippenplatz finden, sind es in der BRD nur 2%. Selbst von diesem mageren Platzangebot verteilt sich noch 2/3 auf nur fünf Großstädte.

Im Kindergarten-Bereich (3-6-Jährige) sieht es zwar mit einer Bundesweit durchschnittlich 79%igen Versorgung zwar besser aus, doch auch das ist regional sehr unterschiedlich verteilt. In Großstädten sind es häufig gerade die Stadtviertel mit einem hohen Arbeiteranteil oder soziale Brennpunkte, die am schlechtesten ausgestattet sind. Zudem wird nur ein geringer Teil als Ganztageseinrichtungen geführt.

Schließlich stehen für die Altersstufe der schulpflichtigen Kinder gar nur 4% Hortplätze zur Verfügung. Im Vergleich dazu gab es bislang in der DDR ein unmassendes Angebot an öffentlichen Kindererziehungsseinrichtungen, nämlich für 80-90% aller 0-10-Jährigen.

Frauenpolitische Bedeutung

Vom Erziehungsnotstand in der BRD sind Frauen doppelt betroffen: zum einen als Beschäftigte in den Einrichtungen, die unter schlechter Bezahlung und miserablen Arbeitsbedingungen zu leiden haben; zum anderen als Nutzerinnen des spärlichen Angebots, was bedeutet, daß Frauenarbeit bei der Kindererziehung auf die „Privatfrau“ abgewälzt wird.

Die schlechte Kindererziehung und die niedrige Frauenerwerbsquote hängen eng miteinander zusammen. Nur etwa jede zweite Frau ist berufstätig (in der DDR sind es zum Vergleich über 80%), davon viele in häufig schlecht abgesicherten Teilzeitarbeitsverhältnissen. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen insgesamt liegt seit Gründung der BRD bei konstant



Demonstration während des Kita-Streiks in Berlin.

niedrigen 38%. Frauen besetzen 90% aller Teilzeittjobs, Hintergrund dafür ist das Bemühen, die Doppelbelastung Familie/Beruf unter einen Hut zu bringen.

Es muß daher unbedingt politisch durchgesetzt werden, daß Kindererziehung als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt wird. Der Kampf um flächendeckende, qualifizierte Kindertageseinrichtungen zum Nulltarif wäre dazu ein wichtiger Beitrag.

Derzeit leiden viele Einrichtungen an Personalmangel. Die Arbeitshe-

für die Erzieher(innen) nimmt ständig zu, Gruppengrößen von 20-30 Kindern bei nur einer qualifizierten Erzieherin plus Hilfskraft sind keine Seltenheit. Die Bezahlung ist miserabel, wie in vielen Pflege- und Erziehungsberufen, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten. Eine ausgebildete Erzieherin bekommt ca. 1600 DM netto als An-

denken. In Frankfurt und München haben Erzieher(innen) durch Protestaktionen überarbeitsmäßige Gehaltszuschläge er kämpft. Auch in anderen Städten gärt die Stimmung unter den Beschäftigten, herrschen Unmut und der Wille, in den kommenden Tarifrunde im Herbst Verbesserungen zu erkämpfen.

Justo-Gruppen könnten Bestandaufnahmen über die Situation der Kinderversorgung vor Ort erstellen, Forderungen entwickeln, Kontakt zu Gewerkschaften und Erzieher(innen) in Kias aufnehmen. Durch eine öffentliche Kampagne können wir helfen, auf die Mißstände aufmerksam zu machen und öffentlichen Druck zu mobilisieren (z.B. Flugblattaktionen und Info-Stände, öffentliche Veranstaltungen und Podien, Unterschriftensammlungen und Aktionen für ein konkretes Projekt im Stadtteil). An die Partei bzw. die Ratsfraktion sollten Anträge mit der Aufforderung gestellt werden, sich für verbesserte Ausstattung, Ausweitung des Angebots, höhere Bezahlung einzusetzen.

Hier bietet sich die Gelegenheit, zusammen mit betroffenen Frauen in einem wichtigen Bereich Verbesserungen zu erkämpfen und auf diese Weise konkret deutlich zu machen, daß Jusos sich für die Interessen arbeitender Frauen einsetzen. Im Zuge einer solchen Kampagne sollte auch möglichst sein, junge Frauen zur Mitarbeit bei den Jusos zu gewinnen.

Angela Bankert, Köln, Jungsozialistin

fangsgehalt. In einer Reihe von Städten haben die Erzieher(innen) begonnen, zusammen mit den Gewerkschaften aktiv zu werden. In Berlin lief Anfang des Jahres mit dem zehnwöchigen Kindertagesstättenstreik um einen verbesserten tariflich abgesicherten Personalschlüssel der längste Streik der Berliner Nachkriegsgeschichte. Leider brachte er kein Ergebnis, weil der (rot-grüne!) Senat stur blieb und die Gewerkschaftsführungen (ÖTV und GEW) daraufhin den Streik nicht aus-

zu der Situation der Kindertagesstätten und den jüngsten Kämpfen um Verbesserungen; enthält Reformvorschläge und Tips für Aktionen; in der Redaktion VORAN für 3,- DM zu bestellen.

VORAN
Mitarbeiter Zeitung für Ost-D, Jung-, Frauen und Gewerkschaften

INFO-DIENST

Kindergarten-Notstand stoppen!

3,- DM

Angriffe auf Frauenrechte in der DDR

Auf der Demo gegen \$218 am 16. Juni sprach ich mit einer Gruppe von Frauen, die extra aus der Nähe Ost-Berlins nach Bonn gekommen waren, um mit ihren westdeutschen Kolleginnen gegen die hiesigen Abtreibungsgesetze zu protestieren. Sie berichteten über die Lage der Frauen in der DDR angesichts der Wirtschafts- und Wahlrungsunion:

„Bei uns wird nur noch über die D-Mark geredet. Die Supermärkte sind zwar voller Westwaren, aber sie sind doppelt und dreifach so teuer. Sechs Scheiben verpacktes Westrot kosten 3 Mark, Bananen immer noch 6-8 Mark das Kilo und Fruchtwagen 4,70 Mark (in der BRD ca. 1,80 DM!). Ich nehme meine Kinder gar nicht mehr mit in den Supermarkt, weil sie natürlich die Westsachen haben wollen. DDR-Eier gibt es gar nicht mehr, dafür die teuren Westeier.“

„Ab dem 1. Juli werden die Mieten um 300% steigen. Bis jetzt zahle ich 70 Mark für eine 3 1/2-Zimmer-Wohnung. Für den Kindergarten werde ich demnächst 200 DM zahlen müssen. Wie soll das gehen, denn am 1. Juli

steigen die Löhne nicht mit?! Die Subventionen für Grundnahrungsmittel - Brot, Butter, Milch etc. - sind jetzt schon weggefallen. Deshalb sind das warme Mittagessen und Milch im Kindergarten auch teuer geworden (bis jetzt 1 Mark zusammen). Bald werden die Frauen mittags nach Hause kommen müssen, um für ihre Kinder zu kochen, weil es sonst zu teuer wird. Und wie steht's dann mit dem Kinderkriegen und Arbeitenghen? Was die Abtreibungsrate angeht: Ich kann verstehen, daß sie in den letzten Monaten in die Höhe gegangen ist. Viele Frauen haben jetzt Angst - um ihre Wohnung, um ihren Arbeitsplatz. Wer jetzt den Job verliert, bekommt nur die meisten Arbeiten angeboten - Putzen und so. Bei uns in der Klinik wurde eine Kollegin im Januar mit einem auf sechs Monate betrieblen Arbeitsvertrag eingestellt (das gab's vorher auch nicht). Jetzt ist sie im sechsten Monat schwanger. Im Juli fliegt sie raus. Dann ist sie arbeitslos. Wenn ich jetzt schwanger würde, würde ich abtreiben. Denn alles hat sich verändert. Alle Rechte, auf die wir Frauen uns unser

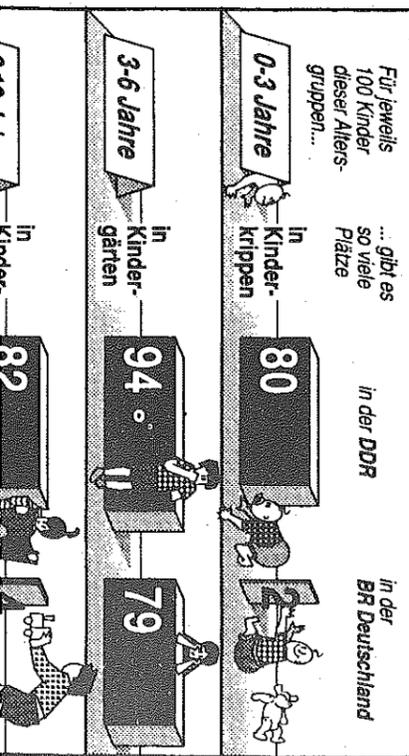
Leben lang verlassen haben, sind jetzt in Frage gestellt. Die meisten wissen gar nicht, wo ihnen der Kopf steht. Mit Beruf, Kindern und Haushalt haben sie gar keine Zeit, sich mit Politik zu beschäftigen. Sie wissen gar nicht, wie sie sich organisieren sollen. Jahrelang wurde alles von oben entschieden, und jetzt stehen sie da und haben keine Ahnung.“

Diese Frauen waren im Unabhängigen Frauenverband organisiert. Sie stellen sich vor, daß Frauen aller Parteien sich zusammenschließen müssen, um gemeinsam gegen die Angriffe auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen anzukämpfen. Wir waren uns darin einig, daß, auch wenn in der DDR friher unhaltbare Zustände vorherrschten, die billigen Mieten und Lebensmittelpreise, die kostenlose staatliche Kindererziehung und das Recht auf Abtreibung wichtige Errungenschaften der Planwirtschaft sind, die es wert

sind, verteidigt zu werden. Wenn die Frauen in der DDR begreifen, sich zu wehren, wird sich die Frage allerdings sehr schnell stellen: Auf welcher wirtschaftlichen Grundlage können diese Rechte garantiert werden? Und wie es damit in der ach-so-wunderbaren kapitalistischen Marktwirtschaft bestellt ist - davon können wir Westfrauen ein Lied singen!

Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied

Wieviel Platz für Kinder?



Obwohl einige Arbeiterlieder mehr als 100 Jahre alt sind, haben sie, was ihre Inhalte betrifft, ihre Aktualität - bedauerlicherweise - bis heute behalten. Bedauerlicherweise deshalb, weil es der Arbeiterklasse bis heute noch nicht gelungen ist, das Joch der Unterdrückung durch den Kapitalismus zu be- seitigen, und auch in den sozialistischen Ländern konnte die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen nicht durch eine Arbeiterdemokratie beseitigt werden.

Freizeitindustrie damals nicht so weit entwickelt war wie heute, waren Instrumente für die meisten Arbeiter(innen) ein nicht zu bezahlender Luxus. Die eigene Stimme mußte man aber nicht erst kaufen und konnte so eine eigene Kulturform prägen. Diese Tradition wurde von der SPD-Führung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht aufgegeben und so ist heute die Befriedigung von Freizeitbedürfnissen ein individuelles Problem geworden. Von der Freizeitindustrie wird diese neue Aufgabe zu entwickeln und so die Kaufrat der Arbeiter(innen) für sie auszuschnöpfen.

chem Land sie auch kamen, ob aus England, USA, Afrika, Jamaica oder Lateinamerika, sie wurden auf ihren Tauschwert hin geprüft und vermarktet. Mit allen zukünftigen Stillrückungen wird das Kapital ähnlich verfahren.

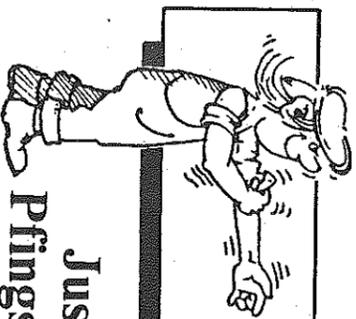
Bei den Falken in Essen haben wir uns überlegt, den Spiel mal umzudrehen. Warum sollen Arbeiterlieder heute bei uns in der BRD nicht in beliebten Musikstichrichtungen klingen? Warum soll die Weiterentwicklung der Produktivkräfte der Freizeitindustrie vor den Arbeiteliedern halt machen? Wollen wir diese Lieder nur noch auf kleinen Versammlungen singen, wo kaum jemand alle Strophen ohne Textblatt singen kann, da sie so selten gesungen werden und noch sel- tener zu hören sind?

Nein, diese Lieder sind heute wichtiger denn je und müssen deshalb aus ihrem Schattenschein befreit werden. Deshalb unterstützt der Kreisverband Essen der SJU - Die Falken die professionelle Vertonung einer ersten Liederauswahl. Wir hoffen, bis Herbst diesen Jahres dieses Projekt fertiggestellt zu haben.

(Musikalische Unterstützung, insbesondere Männerstimmen, können

Vor dem Zweiten Weltkrieg fänden Kulturbedürfnisse der Arbeiterklasse in organisatorischen Bahnen statt. So gab es z.B. Arbeitersport- und -gesum?

Kommune geschrieben, bei der Studentebewegung 1989 in Peking ihre Bedeutung zum Ausdruck gebracht. Auch in der DDR wurde sie zu Beginn der Revolution für eine sozialistische Zukunft auf Massendemonstrationen gesungen. Im Bewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter in der BRD haben diese Lieder in den letzten Jahren allerdings an Bedeutung verloren. Warum?



Juso-Pingst-camp

Frischer Wind durch VORAN

Im Zeitraum vom 1.-4. Juni fanden sich um die 4500 Jusos in Nürnberg zusammen, um zu zeigen, daß es ein Gegengewicht zu der unsozialen und arbeiterfeindlichen Politik von CDU und FDP gibt. Trotz des eher ungünstigen Wetters war die Atmosphäre auf dem Camp gut. Es war eine Gelegenheit für Juso-Basismitglieder, Erfahrungen auszutauschen, Diskussionen zu führen und Kontakte zu knüpfen.

Das alljährlich stattfindende Camp ist für viele Jusos der Höhepunkt ihrer Arbeit. Diesmal war das politische Motto des Camps: „Gegen Nationalismus: Multikulturelles Leben in Europa“. Aber dieses Motto blieb ohne richtige Verbindung zum Programm des Camps. Die angebotenen Diskussionen hatten keine klare Zielrichtung und gingen zum Teil an den realen Problemen von Jugendlichen vorbei. Bei der Diskussion zum Thema „Wohnen mit dem Schwerpunkt der Gestaltung des sozialen Wohnungsbaus hatte ein Juso aus Aachen versucht, das Problem der Wohnungsnot in BRD und DDR anzusprechen. Die Diskussionstung wies dann darauf hin, daß dies nicht das Thema sei. Man solle davon ausgehen, es gäbe genug Geld, und wir müßten uns nur überlegen, wie die Wohnungen aussehen sollten!

Interessant und gut besucht waren u. a. die Foren zu den Themen Drogen, zu den wirtschaftlichen Perspektiven für die DDR sowie zum Thema „Fortschritt '90“. Was aber völlig fehlte, war eine Veranstaltung, die alle (bzw. alle interessierten Teilnehmer) zusammenbringt und auf die aktuelle politische Situation eingeht. Welche Möglichkeiten haben die Jusos in Ost und West, den Kampf gegen die kommenden Angriffe von Kohl und Kapital auf Jugendliche und Arbeitnehmer in Ost und West zu unterstützen? Wie greifen die Jusos in die augenblickliche Diskussion innerhalb der SPD ein? Was machen die Jusos im Herbst? Wahlkampf natürlich - aber mit welchen Forderungen? Diese Fragen wurden nicht aufgeworfen. Die Orientierungslosigkeit, die auf dem letzten Ju-



250 Jusos besuchten die VORAN-Camp-Veranstaltung, so-Bundeskongress deutlich wurde, zeigte sich auch hier wieder. Ein Camp, auf dem ein großer Teil der aktiven Jusos zusammenkommt, muß genutzt werden, um dem Verband eine politische Orientierung für die weitere Arbeit zu geben. Diese Chance wurde vom Bundesvorstand verlan.

Protest gegen Müll
Der Unmut über die Durchführung des Camps und der Unwille, einfach nur das zu konsumieren, was einem vorgesetzt wird, kam bei einer spontanen Protestveranstaltung mit ca. 1000 Teilnehmern zu Tage. Der Stein des Anstoßes waren die absolut umweltfeindlichen Aluminiumverpackungen,

„Flir ein anderes, fortschrittliches und sozialistisches Europa“

Unter diesem Motto fand über Pfingsten in Berlin ein Camp der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken statt, zu dem über 4000 Jugendliche aus verschiedenen Ländern eingeladen waren. Der Samstag war bestimmt durch dezentrale Aktionen in verschiedenen Berliner Stadtteilen und endete mit einer zentralen Veranstaltung in einer Neuköllner Turnhalle. Neben den Grußworten Walter Momperns und eines Vertreters der Sandinisten aus Nicaragua ist die Rede des SJD-Vorsitzenden Roland Klapprodt erwähnenswert. In seinem kämpferischen Vortrag stellte er die

Müll vermeiden statt verbrennen!

„Das bessere Müllkonzept“, das auf Müllvermeidung und -verwertung statt auf -verbrennung setzt, ist ein Volksbegehren gegen ein Abfallwirtschaftsgesetz, das im bayerischen Landtag von CSU und (leider auch) SPD verabschiedet wurde. Denn in diesem wird nicht konsequent in Richtung Abfallvermeidung gegangen.

Doch viele Bürger wehren sich dagegen, und es werden Unterschriften gesammelt. 850.000 Unterschriften braucht man in Bayern, um Einspruch gegen das Gesetz zu erheben und zu nächst zu blockieren. Doch wird dies gelingen? Ein solches Volksbegehren wird zum Beispiel dadurch erheblich erschwert, indem es in vielen Städten und Gemeinden nur eine einzige Ein-

Jugend für Sozialismus...

Unterm Strich ein Erfolg!

in denen das Essen ausgegeben wurde und die zu hohen Preise für Getränke. Zum Teil konnte der Bundesvorstand die Kritik als unberechtigt zurückweisen, da die betroffenen Unternehmer vertragsbrüchig geworden bzw. für die hohen Preise verantwortlich waren. Aber der Kern des Problems ist politisch. Warum sollen sich Unternehmer eine goldene Nase verdienen, z.B. mit dem Getränkeverkauf? Viel mehr könnte durch die Eigenleistung von

dachten schon, daß VORAN die Mehrheitsströmung bei den Jusos stellen würde. Viele Informationsstände wurden von VORAN-Unterstützern gestaltet. Eine der größten politischen Veranstaltungen war das VORAN-Diskussionstreffen zum Thema „Ist der Sozialismus tot?/Jusos in die Offensive!“, an dem ca. 250 Jusos teilnahmen. Es gab eine sehr kontroverse, aber

so-Bundeskongress deutlich wurde, zeigte sich auch hier wieder.

Ein Camp, auf dem ein großer Teil der aktiven Jusos zusammenkommt, muß genutzt werden, um dem Verband eine politische Orientierung für die weitere Arbeit zu geben. Diese Chance wurde vom Bundesvorstand verlan.

Protest gegen Müll
Der Unmut über die Durchführung des Camps und der Unwille, einfach nur das zu konsumieren, was einem vorgesetzt wird, kam bei einer spontanen Protestveranstaltung mit ca. 1000 Teilnehmern zu Tage. Der Stein des Anstoßes waren die absolut umweltfeindlichen Aluminiumverpackungen,

Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung dar, indem er die sozialen und ökologischen Folgen des Kapitalismus aufzähle.

Am Sonntag war die Technische Universität zentraler Veranstaltungsort mit Info-Fischen, Diskussionsforen und kulturellem Angebot. Durch Verkauf von VORAN und Beteiligung an Foren kamen wir mit vielen Leuten ins Gespräch. Die Stimmung war gut, die Jugendlichen interessiert, und es ist zu bedauern, daß die Abschlußkundgebung am Montag morgen „ins Wasser fiel“.

Lorenz Blume, Kassel, Jungsozialist

schreibstelle gibt, die dann auch noch ungenügende Öffnungszeiten hat. Eine Mobilisierung durch Werbespots im Rundfunk wurde zunächst von der bayerischen Landeszentrale für neue Medien (auch bei Privatendern) verhindert. Doch ein Urteil des Verwaltungsgerichts in München hob dieses Verbot aber auf.

Von den Jusos wurde bisher zum Volksbegehren keine Stellung genommen. Kann man das verantworten? Der Unterbezirk München meinte, so kurzfristig nicht reagieren zu können. Es würde nichts ohne lange vorherige Planung klappen. Das muß sich ändern.

Martina Dekrell, München
Jungsozialistin

Stimmen zum Pfingstcamp

Steven Schreiber, Juso-Geschäftsführer im Kreis Gera (DDR), 18 Jahre:
„Gut fand ich, daß so viele Leute da waren und sich ein solidarisches Gefühl entwickelte. Ich merkte: Wir sind die Jusos. Auch die Organisation hat einigermaßen geklappt. Für die Verpflegung muß ich den Bundesvorstand wirklich kritisieren. Über das breite politische Spektrum bin ich positiv überrascht. Im Großen und Ganzen bin ich zufrieden.“

Henning Jäkel, Frankfurt/Main, 17 Jahre, während des Pfingstcamps in die SPD eingetreten:
„Insgesamt war ich vom Camp positiv überrascht, obwohl man fürs nächste Mal sicher noch einiges verbessern muß. Von den Müllproblemen, die beim Camp zu sehen waren, ganz abgesehen, wäre es ratsam, mehr politische Info-Veranstaltungen zu organisieren. Außerdem wäre es sinnvoll, die Veranstaltungen etwas zentraler durchzuführen.“

Interessant war es, sich mit den politischen Zielen von VORAN auseinanderzusetzen. Die von VORAN wohl die einzigen, die es geschäben, einen Info-Tisch aufzuWie soll man sich da mit anderen so-Gruppierungen auseinandersetzen? Und bitte etwas mehr Oriention das nächste Mal!“

Sascha Libbisavljevic, Juro Hamburg:
„Ich finde es überhaupt gut, so etwas wie Pfingstcamp gibt man konzentriert politisch wachen kann. Gestört hat mich schlechte Essen und der Verpackungsmüll, das hat oft von politischen Diskussionen abgelenkt. Außerdem ich schlecht, daß zu Solidarität nichts gelaufen ist. Gut fand ichgen einige Workshops und die AN-Diskussion. Und: Ich werde stes Jahr wieder hinfahren.“

**VORAN-Broschüre
Jugend für Sozialismus**
Bestelle sie noch heute bei der Redaktion, Telefon 0221/134504 52 Seiten für 2,50 DM



VORAN-Büchertisch beim Camp: „Warum seid Ihr noch für Sozialismus“, wollen viele Besucher wissen.

Solidarität mit dem Kampf gegen die Kopf-Steuer!

Das Pfingstcamp war gekennzeichnet durch mangelhaftes politisches Angebot, seitens des Juso-Bundesverbandes. Traß aber das Interesse der Jusos an politischen Veranstaltungen groß war, konnte man an der von unserer Juso-AG in Zusammenarbeit mit dem Juso-Unterbezirk Nürnberg organisierten Veranstaltung zum Thema Pol.-Tax (Kopfsteuer) in Großbritannien feststellen.

Die Berichte der Jusos aus Glasgow (Schottland), der Partnerstadt von Nürnberg, über den erfolgreichen Kampf der Jusos und der Anti-Poll-Tax-Federation sind mehrmals durch den begeistertsten Beifall der über 220 Teilnehmer(innen) unterbrochen worden.

An den Fragen und Wortbeiträgen in der Diskussion danach wurde deutlich, die Jusos auf der Suche nach

Von einem Juso der AG-Maxfeld, Nürnberg
L. Beckhoff



Die Bürgerlichen sagen, daß mit der Krise des Stalinismus der Sozialismus tot sei. Viele „Linke“ sagen, daß eine „Form des Sozialismus“ versagt habe und blicken pessimistisch in die Zukunft. Unten gibt es auch einige, die noch vor wenigen Monaten die stalinistischen Regimes verteidigten und VORAN-Unterstützer als „antikommunistisch“ beschimpften, die mit ihrer Kritik am Stalinismus angeblich das Geschäft des Kapitals betreiben würden. Viele von den gestrigen Ja-Sagern des Stalinismus sind heute Ja-Sager des Kapitalismus (bzw. der „sozialen“ Marktwirtschaft).

Der Marxismus geht den geraden Weg und wurde deshalb auch sowohl von den Stalinisten als auch von den Bürgerlichen verdrängt und nicht selten verfolgt. Er verteidigte gestern die Arbeiterinteressen in der DDR gegen die stalinistischen Bürokraten und heute gegen die kapitalistische Herrschaft. Er tritt ein für die Machteroberung der Arbeiter und für die demokratische Planung der Wirtschaft.

Leo Trotzki verteidigte den Marxismus in den 20er und 30er Jahren gegen die Stalinisten und die Kapitalisten. Vor 50 Jahren wurde er von einem Agenten Stalins ermordet. Hiermit endete gewaltsam das Leben eines Revolutionärs, der durch seine Ideen wichtige Impulse für den Sozialismus gesetzt hat. Nachdem jahrzehntelang die Schriften Trozki in den stalinistischen Staaten verboten waren und es eine massive Geschichtsfälschung seitens der Stalinisten gegen ihn gegeben hat, erleben wir jetzt ein starkes Interesse von vielen Arbeitern und Jugendlichen an seinen Schriften.

Wer war Trotzki? Sein richtiger Name lautete Leo Dawidowitsch Bronstein, er wurde am 17. November 1879 im südrussischen Gouvernement Cherson geboren. Schon mit 18 Jahren schloß er sich einem sozialistischen Diskussionskreis an. Ein Jahr später, 1897, organisierte Trotzki mit seinem Bruder und anderen jungen Marxisten den südrussischen Arbeiterbund. Durch das Anfertigen und Verteilen von Flugblättern lernte Trotzki die ersten Ansätze, wie man Propaganda macht. Doch 1898 wird der Arbeiterbund durch die Polizei zerschlagen. Trotzki wird verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die er die meiste Zeit in Isolationshaft verbringt.

Anschließend wurde Trotzki zu vier Jahren Verbannung nach Sibirien geschickt. Im Jahre 1902 bekommt er durch die Lektüre der Zeitung Iskra, die das Organ der Sozialdemokratischen Partei Rußlands ist, und durch die Lektüre des Buches „Was tun“ die ersten Kontakte zu Lenin.

In „Was tun“ beschreibt Lenin das Konzept für die Arbeit einer revolutionären Arbeiterpartei, einer in jeder Hinsicht zielstrebig arbeitenden Organisation: Kurze Zeit später flieht Trotzki aus Sibirien. In der Stadt Samara nimmt er Kontakt zu der dortigen Iskra-Gruppe auf. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) war damals ein bunt zusammengewürfeltes Haufen, von dem jüdischen Arbeiterbund, den Ökonomen sowie den Iskra-Genossen und anderen. Der Parteitag von 1903, an dem Trotzki als Delegierter teilnahm, riß einen tiefen Graben in die Partei. Hervorgehoben wurde der Konflikt durch unterschiedliche Vorstellungen über den Parteibau. Lenin vertrat die Auffassung, daß eine revolutionäre Organisation, die gezwungen ist, im Untergrund zu arbeiten, streng zentralistisch beschaffen sein muß. Oder anders ausgedrückt setzt er sich für eine organisierte Professionalisierung der Arbeit ein. Im Gegensatz dazu sagt Marrow: Wir sind keine Partei von professionellen Revolutionären, sondern offen für jeden, der an unser Programm glaubt. Die Partei spaltete sich zwischen den Bolschewiki (Mehrheitler) unter Lenin und den Menschewiki (Minderheitler) unter Marrow, denen sich auch Trotzki bis 1904 anschloß.

„Permanente Revolution“

Die Niederlage Rußlands im Krieg gegen Japan 1905 sowie verstärkte soziale und wirtschaftliche Krisen führten zu einer Steigerung des Bewußtseins der Arbeiterklasse. Die revolutionäre Bewegung hatte ihren Auftakt am 22. Januar 1905, als sich über 200.000 Arbeiter an einer Demonstration in Petersburg beteiligten, die dann von der Polizei auseinandergedrückt wurde. Die Entwicklung hatte ihren Höhepunkt mit der Bildung des Petersburger Arbeiterrates, über den die Arbeiter begannen, die Kontrolle über das gesellschaftliche Leben auszuüben. Trotzki war der Vorsitzende dieses Sowjets. Doch der Zarismus konnte die voneinander isoliert kämpfenden Arbeiter und Bauern in ganz Rußland nach und nach schlagen.

Lenin stellt schon am Vorabend der revolutionären Ereignisse von 1905 die Parole von der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauern“ auf. Er war der Auffassung, daß es ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern geben muß, ohne daß er sich dabei

übernehmen sollte.

Trotzki dagegen trat dafür ein, daß in einem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern die Arbeiter die führende Kraft sein müßten. Er erkannte, daß die Arbeiterklasse im ersten Schritt die Ziele der bürgerlichen Revolution (Aufhebung des Landes und politische Demokratie) erkämpfen mußte, um dann aber weiter fortzuführen und früher oder später die Ziele der sozialistischen Revolution (Sturz und Enteignung der Kapitalisten) in Angriff zu nehmen. Trotzki analysierte auch, daß eine sozialistische Revolution erst durch den Sieg der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Staaten verteidigt werden könnte.

Diese „Theorie der permanenten Revolution“ beständige sich 1917. Die revolutionäre Gärung, die durch den I. Weltkrieg und seine Folgen enorm beschleunigt wurde, erreichte mit dem Sturz des Zaren im Februar 1917 ihren ersten Höhepunkt. Doch die Arbeiter gingen noch weiter: Sie knüpften an der Tradition von 1905 an und bildeten Sowjets. So entstand eine Doppelherrschaft. Auf der einen Seite stand die Arbeiterklasse mit ihren Sowjets, und auf der anderen Seite stand die neugebildete Regierung unter Kerenski, ein Sammelurteil auf bürgerlichen, ~~liberalen und feudalistischen Parteien und Organisationen.~~ Die Menschewiki, die zunächst die Mehrheiten in den Sowjets haben, gehen davon aus, daß mit der Durchführung der bürgerlichen Revolution jetzt eine Phase längerer bürgerlich-demokratischer Entwicklung bevorstehen würde. Diese Vorstellungen standen im krassen Gegensatz zur realen Politik der Regierung. Denn diese schaffte weder den von den Arbeitern und Bauern erhofften Frieden, noch setzten sie die dringende Agrarreform durch. Zudem verschlechterte sie durch den Krieg die Lebensbedingungen in den Städten sowie auf dem Land. Die Machtübernahme der Arbeiter war nötig, um diese demokratischen Aufgaben zu lösen.

1917: Machteroberung der Arbeiter

Die Empörung der Massen führte dazu, daß sich die Menschewiki im Mai 1917 gezwungen sahen, in die Regierung einzutreten. Aber auch dies änderte nichts. Die Propaganda der Bolschewiki bezüglich Frieden, Brot und Land findet immer mehr Anhang. Von der Mehrheit blieb sie jedoch zunächst noch weit entfernt. Trotzki wird wegen seiner positiven Rolle, die er während der Revolution 1905 ausübte, als Vorsitzender des Petersburger Sowjets wiedergewählt. Die Bolschewiki erkannten, wie man die Probleme der Bauern und Arbeiter aufgreift. Und durch ihre Kritik an der Regierung erkämpften sie sich die Mehrheit in den Sowjets. Das Zentralkomitee der Bolschewiki beschloß im Oktober die Durchführung ~~des Aufstandes.~~

Trotzki leitete als Vorsitzender des Militärischen Revolutionskomitees die Machteroberung in Petrograd. Der ~~Aufstand~~ ~~griff~~ ~~rasch~~ ~~auf~~ ~~andere~~ ~~Städte~~ ~~über.~~ Durch die von den Bolschewiki durchgeführte Landreform sowie die Einstellung der Kriegshandlungen haben sie mehr erreicht, als die provisorische Regierung zuvor.

Die alte herrschende Klasse sowie das ausländische Kapital waren nicht gerade erfreut darüber, was in Rußland passierte. Sie versuchten, den jungen Sowjetstaat militärisch zu zerschlagen.

Trotzki aufgefordert, die Rote Armee aufzubauen. Der Krieg hatte für die Sowjetunion katastrophale Folgen. Eine Generation der politisch bewußtesten Arbeiter wurde ausgerottet. Die Wirtschaft war ruiniert. Neben den Kriegstoten starben zwischen 1919 und 20 ca. 9 Millionen Menschen an Kälte, Hunger und Seuchen. Die Bolschewiki waren daher gezwungen, in der Kriegspause die bürgerlichen Rechte einzuschränken, wollten sie nicht den Sieg der Konterrevolution zulassen.

Aufgrund dieser Politik, die den Bolschewiki aufgezwungen wurde, hat man später versucht, Trotzki und Lenin als Wegbereiter einer totalitären Diktatur, die dem Stalinismus den Weg ebnete, zu denunzieren. Man muß aber klar sehen, daß bei allen Schritten Lenin und Trotzki auf die Hilfe der Revolution in den entwickelten Ländern bauten. Sie sagten, daß ohne diese Hilfe der westlichen Arbeiter die Revolution zum Scheitern verurteilt war. Alle Schritte, zu denen sie sich gezwungen sahen, betrachteten sie als Übergang.

So wurde 1921 die Neue Ökonomische Politik (NEP) eingeführt. Durch Einführung von marktwirtschaftlichen Methoden sollte vor allem die Agrarproduktion angekurbelt werden. Der Grund für die Einführung der NEP war die schlechte wirtschaftliche Lage nach dem Krieg. Der Austausch zwischen den Industrieregionen der Städte und den landwirtschaftlichen Produkten der Bauern funktionierte nicht mehr, so daß sehr oft Agrarprodukte beschlagnahmt wurden. Die neu eingeführte Politik sollte nur so lange beibehalten werden, bis der Warenaustausch zwischen Land und Stadt wieder auf einigermassen soliden Fundamenten stand.

Bürokratisierung

Solche Maßnahmen führten jedoch auch dazu, daß nach und nach eine privilegierte Schicht von Händlern, Beam-

ten und Apparatschiks entstanden, die, je länger die Revolution isoliert blieb, für ihre eigenen Interessen kämpften. Es entstand mehr und mehr der Widerspruch zwischen den konservativen Interessen dieser entstehenden Bürokratie und den revolutionären Interessen der russischen, aber auch der internationalen Arbeiterklasse. Dieser Widerspruch spiegelte sich auch in der Partei wider. Dort wurden demokratische Methoden mehr und mehr durch bürokratische Schikanen abgelöst.

Lenin und Trotzki sahen die Gefahr, deutlich. 1923 und später warnte Trotzki: Wir dürfen und können den Sozialismus nicht auf dem Weg der Bürokratie errichten, wie dürfen und können eine sozialistische Gesellschaft nicht durch eine administrative Ordnung schaffen. Die Bürokratie ist der Todfeind des Sozialismus.

Sprachrohr der Bürokratie wurde Stalin, der sich auf nicht wenige Karrieristen, zum Teil ehemalige Zaristen, stützen konnte. Doch Trotzki blieb

20.8.1940: Vor 50 Jahren Ermordung Leo Trozki

STALIN

nicht unartig. Er gründete die Opposition. In einem Brief für und 46 andere prominente Bolschewiki und Redefreiheit und eine bessere Wirtschaftsplanung und Redefreiheit und eine dringliche Parteikonferenz, um die systematisch seine Leute in wichtigen Positionen. Als Lenin am 21. Januar starb, holte Stalin zum Generalsekretär der Partei entgegen der Partei entfernte ihn 1925 revolutionären Kriegsgut und ihm, sich in irgendwelchen neu einanderzusetzen zu engagieren. Nachdem Stalin seine Position weiter ausbaute, distanziert sich ideologisch immer mehr von den Lenins. Auf dem 14. Parteitag 1926 proklamiert Stalin seine vom „Sozialismus in einem Land“ kehrt damit dem sozialistischen Nationalismus den Rücken zu. Theorie war der ideologische Arm der konservativen Interessen der Kräfte, die ab jetzt bereit war, d



Trotzki als Redner vor einer Versammlung.

Sowjetunion Eine neue Kraft erhebt sich

Gorbatschows „Reformen“ haben sich als Sackgasse für die Arbeiterklasse der UdSSR erwiesen. Die Versorgungssituation verschlechtert sich rapide, und mit jedem Schritt in Richtung Marktwirtschaft und Privatisierung drohen Preiserhöhungen und Massenarbeitslosigkeit. Auch ein „radikalreformerischer“ Bürokrat wie Boris Jelzin hat keine Lösung anzubieten. Er verspricht „Kapitalismus ohne Schmerzen“, stellt sich nur demagogisch gegen Preiserhöhungen und schützt seit neuem den russischen Nationalismus gegen die anderen Völker in der UdSSR.

Die einzige Kraft in der sowjetischen Gesellschaft, die einen Ausweg anzubieten hat, ist die Arbeiterklasse selbst. Sie muß sich unabhängig organisieren, die Bürokratie stürzen und eine Arbeiterdemokratie errichten. Die ersten Schritte hierzu werden bereits gemacht: Anfang Mai trafen sich 600 Delegierte von unabhängigen Arbeiterorganisationen aus der ganzen UdSSR zur Gründung der „Arbeiterkonföderation der UdSSR“ in der sibirischen Stadt Nowokusnez. Dies ist die erste unabhängige gesamtsozialistische Gewerkschaftsorganisation seit den Tagen der Oktoberrevolution. Britische MarxistInnen haben am Kongreß teilgenommen und berichten (in MILANT Nr. 993):

(...) Es wurde schnell klar, daß die Arbeiter in Nowokusnez begonnen haben, ihre Kontrolle über die Gesellschaft zu entwickeln. Nach der Erfahrung mit der Effizienz, mit der der Kongreß organisiert war, könnte nur der abgebrannteste Zyniker bezweifeln, daß die Arbeiter fähig sind, die Gesellschaft selbst in die Hand zu nehmen. Der Kongreß stand im krassen Kontrast zur Inkompetenz der herrschenden Bürokratie. Aber am wichtigsten

wären nicht nur unsere Eindrücke, sondern die Ideen und Erfahrungen, die wir mit den Delegierten auf dem Kongreß austauschten.

(...) Dies war eine Arbeiterkonferenz. Fast 70% der Delegierten waren Produktionsarbeiter und 24% Arbeiter im Verwaltungsbereich. Die größten Delegationen kamen aus dem Kubass, Donbass, Moskau, Gorki und dem Ural. Trotz ihrer Bescheidenheit hatten viele von ihnen glasklare Vor-



Boris Jelzin wird keine Probleme lösen.

Jugoslawien Bürokratie am Ende

Im Januar diesen Jahres löste die jugoslawische Polizei mit Tränengas, Schlagstöcken und Wasserwerfern eine Großdemonstration in Pristina, der Hauptstadt der Provinz Kosovo, auf. 40.000 Menschen demonstrierten für mehr Demokratie und gegen die Bevormundung Kosovos durch die serbische Bürokratie, welche im April 1989 Kosovo faktisch an Serbien anschloß.

Kosovo ist die ärmste Region in Jugoslawien. Die Arbeitslosenquote liegt dort bei 40%! 90% der Bevölkerung sind Albaner, 10% Serben. Serbiens KP-Führer Slobodan Milosevic verfolgt eine nationalistische Politik. Er nahm eine Ausreisewelle von Serben zum Anlaß für eine Hetzkampagne gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo. Milosevic behauptet demagogisch, daß die Serben im Kosovo unterdrückt werden. Doch die Ausreisewelle hat ihre Ursachen im wirtschaftlichen Bereich. Viele Menschen (auch Albaner) versuchen, im höher industrialisierten Norden des Landes Arbeit zu finden.

Kapitalismus keine Lösung

Die Bürokratische Jugoslawiens ist zerstritten in der Frage, wie sie am besten ihre Privilegien verteidigen kann. Milosevic verfolgt die Politik eines „serbischen Imperialismus“ in Jugoslawien. Er will eine zentralistische „KP“, die durch die serbische Bürokratie beherrscht wird.

Die „KPs“ von Slowenien und Kroatien werden von sogenannten „Reformern“ geführt. Sloweniens „KP“-Chef Milan Kucan sieht die Zukunft der slowenischen Bürokratie in der Marktwirtschaft. Kucan fordert, daß die Mitbestimmung der Arbeiter auf ein Minimum beschränkt werden muß, wie z.B. in den kapitalistischen Staaten. Hier stellt sich natürlich die Frage, wo es in Jugoslawien jemals Arbeitermitbestimmung gegeben hat,



welche man noch weiter einschränken könnte? Eine Wiedereinführung des Kapitalismus könnte weder in Jugoslawien noch in einem unabhängigen Slowenien ein einziges Problem lösen. Zur Zeit beilegt die jugoslawische Industrie noch den Binnenmarkt, doch nach der Einführung der Marktwirtschaft würde der sofort von der sofort von der westlichen Bourgeoisie übernommen. Noch größere Arbeitslosigkeit und eine weitere Verelendung der Arbeiterklasse wären die Folgen. Im Februar kam es auf dem Partei-

stellungen von dem Weg, den sie gehen. Einer, der sich selbst „nur ein einfacher“ Arbeiter nannte, erklärte, wie das Wachstum der Bürokratie in der Sowjetunion in den rückständigen Bedingungen der Gesellschaft, dem niedrigen



Delegierte beim Kongreß unabhängiger Arbeiterorganisationen.

Der Kongreß war ein erster Schritt zur Schaffung einer vereinigten Arbeiterbewegung. Das vorherrschende Thema war Einheit und Demokratie. Obwohl die Bergarbeiter und andere Arbeiter aus dem Kubass dominierten, hatten viele der Anwesenden noch keine große Streikbewegung mitgemacht und so vielleicht nicht das ge-

Der Anfang ist gemacht

Die Diskussion wurde durch das Organisationskomitee eingeleitet, das die Perspektive für die Entwicklung einer Bewegung für Forderungen nach einem gesicherten Leben, Bürgerrechten und Freiheiten, ökologischer Sicherheit und einem neuen Sozialismus aufzeigte.

Marktwirtschaft?

Die Schlüsselfrage war deshalb, welche Stellung man zur Marktwirtschaft einnehmen soll. Es wurde bald klar, daß die Arbeiter trotz der massiven Propaganda für die Marktwirtschaft und der Tatsache, daß keine klare Alternative aufgezeigt wird, höchstens halberzig akzeptieren, daß

tag des „Bundes der Kommunisten“ endgültig zur Spaltung zwischen den Bürokraten der verschiedenen Teilrepubliken. Die Vertreter der slowenischen und kroatischen „KP“ verließen den Saal. Die Bürokratie fällt auseinander. Das gleiche könnte mit Jugoslawien selbst geschehen. Die Inflation schwankt zwischen 1000 und 3000%! Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei 17%, doch sie unterliegt erheblichen Schwankungen in den verschiedenen Teilrepubliken. Die „KPs“ von Slowenien und Kroatien mußten aufgrund des Drucks der Bevölkerung demokratische Wahlen zulassen. Sie versprachen sich von ihrem prokapitalistischen Programm einen Wahlsieg. Doch die Bürokraten täuschten sich: In Slowenien siegen die Christdemokraten mit Lojze Peterle, und in Kroatien landete die nationalistische Union einen überwältigenden Wahlsieg. Die „KPs“ mußten ihrer nationalistischen Politik Tribut zollen.

Auch Milosevic, der sich bislang noch aufgrund einer Welte nationaler Begeisterung halten kann, wird Neuwahlen in Serbien nicht mehr lange verhindern können. Anfang Juni demonstrierten in Belgrad 50.000 Menschen für freie Wahlen in Serbien. Zu der Demonstration hatten fünf oppositionelle Parteien aufgerufen. Dabei wurden Bilder von Milosevic verbrannt.

Allgemein herrscht in der Bevölkerung große Verwirrung um die nationale Frage. Die Bürokratie hat den Nationalismus jahrelang geschürt. Es bedarf eines längeren Prozesses, damit die Menschen erkennen, daß die Probleme des Vielvölkerstaates nicht nationalistisch gelöst werden können. Der Zerfall Jugoslawiens in völlig separate, souveräne Einzelrepubli-



Streikende Albaner und demonstrierende Serben.

ist möglich, denn die neuen bürgerlichen Regierungen in Slowenien und Kroatien, welche die wirtschaftlich stärksten Republiken sind, streben Autonomie an. Sie wollen für wirtschaftlich schwächere Regionen wie z.B. Kosovo und Makedonien keine Abgaben mehr leisten. Außerdem wollen sie eigene Armeen schaffen, um sich der Kontrolle der bisherigen Arbeiterklasse, welche von der serbischen Bürokratie beherrscht wird, zu entziehen.

Arbeitereinheit nötig

Auch wenn die Arbeiter in Slowenien und Kroatien managels Alternativen bürgerliche Parteien gewählt haben, drückt das nur aus, wie unzufrieden sie mit dem bisherigen System sind. Es fehlt eine Partei, welche die

Bürokratie antreten läßt. 3000% Inflation macht die Löhne wertlos. Viele Familien leben nur noch von Brot und Kartoffeln. Die Versorgungslage ist katastrophal. Die Proteste der Arbeiter haben in ganz Jugoslawien die gleiche Stofrichtung: Es geht um mehr Lohn, einen sicheren Arbeitsplatz und um ein besseres Leben. Lenin sagte einmal, daß die nationale Frage eine Frage nach Brot sei. Die Entwicklung in Jugoslawien bestätigt das: Die nationale Frage macht die politische Revolution in Jugoslawien sehr kompliziert, doch es führt kein Weg an einer Vereinigung der Arbeiter im Kampf gegen die Bürokratie vorbei. Mag dieser Weg auch lang und schwer sein, es ist der einzige. Oliver Brumbaugh Aachen

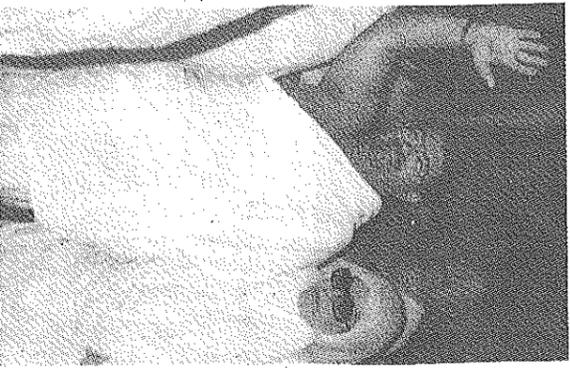
Türkei

Arbeiterbewegung auf dem Vormarsch

Die Regierung Özals steckt nach sieben Jahren nun in ihrer schwersten Krise. Mit Hilfe ihres starken Militärapparates geht sie brutal gegen die Bevölkerung vor. Doch die türkische Arbeiterklasse gewinnt mehr und mehr an Selbstbewußtsein.

Wie in den vergangenen Jahren ließ die türkische Regierung auch am 1. Mai diesen Jahres Polizei und Militär brutal gegen demonstrierende Arbeiter in Istanbul vorgehen, diesmal jedoch mit besonderer Härte. Zwei Demonstranten wurden getötet, 50 schwer verletzt. Malkundgebungen sind in der Türkei verboten. Trotzdem riefen mehrere Gewerkschaften zu einer Kundgebung auf dem Taksim-Platz auf, dem traditionellen Ort der türkischen Arbeiterbewegung.

Der Platz wurde von 18.000 Polizisten und 6000 Mann des Sonderkommandos des Militärs mit Wasserwerfern und Panzersperrewagen umstellt. Jeder Ansatz einer Kundgebung auch auf anderen zentralen Plätzen wurde zerschlagen. Schon im Vorfeld wurde versucht, die Arbeiter einzuschüchtern. So ließ der Polizeichef von Istanbul...



Staatspräsident Turgut Özal.

bul einen Tag vorher öffentlich verlauten: „Wir schießen.“ Doch trotz dieser Drohung fanden in fast allen Betrieben Istanbul Protestaktionen statt, vielerorts versuchten die Arbeiter Demonstrationen zu organisieren. Die Sicherheitskräfte unterbanden diese Versuche brutal, es wurden an diesem Tag mehr als 3000 Demonstranten festgenommen (1989 waren es 550), anschließend viele davon Folterverhören ausgesetzt.

Angst der Herrschenden

Daß der türkische Staat diesmal noch brutaler zugeschlagen hat als in den vergangenen Jahren, ist nicht ohne Grund. Es ist ein deutliches Zeichen für die Angst der Herrschenden vor der türkischen Arbeiterklasse, die gerade in den letzten Monaten ihre Stärke gezeigt hat. Allein im April dieses Jahres beteiligten sich 45.000 Arbeiter im privaten Sektor an Streiks und erzwangen damit Zugeständnisse von den Unternehmen. Die größte Gruppe der Streikenden waren 18.000 Zementarbeiter. Sie konnten Lohnerhöhungen von 100% für 1990 und 60% für 1991 erkämpfen.

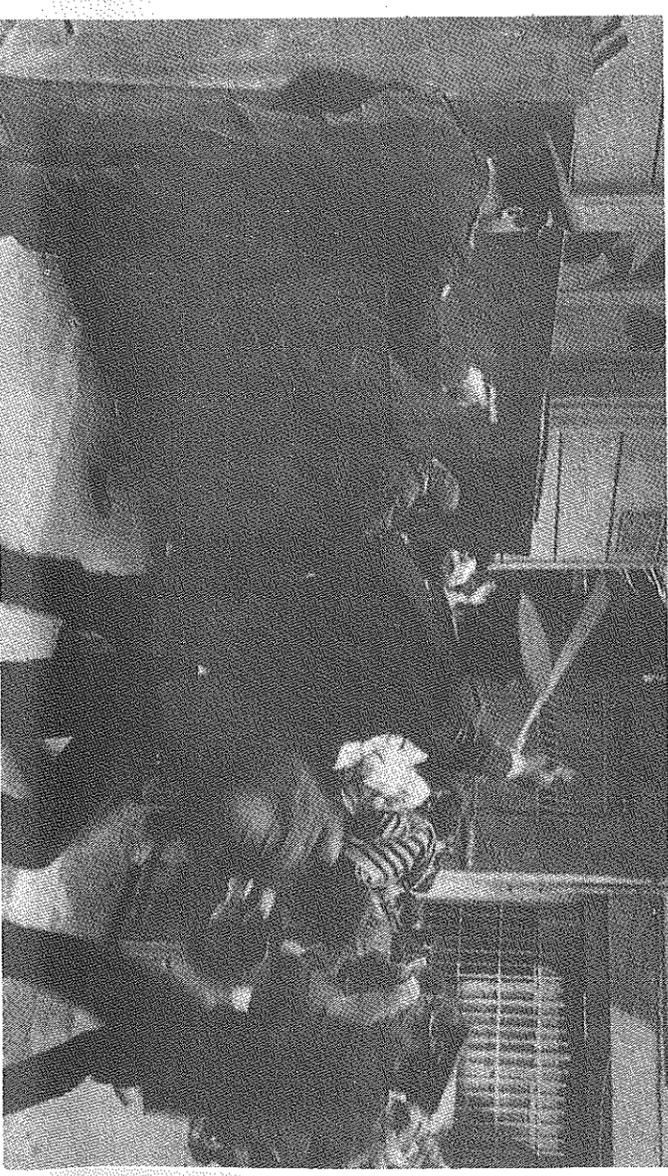
Die Streikbewegung bedeutet einen großen Schritt nach vorn für die türkische Arbeiterbewegung. Das selbstbewußte und radikale Auftreten der Arbeiter wurde auch durch den wachsenden Unmut darüber verursacht, daß die Wirtschaft zwar in diesem Jahr höhere Wachstumszahlen verzeichnet, die Arbeiter davon aber nichts gesehen haben.

Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Armen und Reichen wird immer größer. Die Arbeitslosigkeit beträgt weiterhin mindestens 20%. Eine Inflation von etwa 70% frßt den Arbeitern die Löhne weg. 1% der Menschen,

steht auf wackeligen Beinen. Das frühere Standbein der türkischen Wirtschaft, der Export (besonders in den Mittleren Osten) hat rapide abgenommen. Momentane Basis für das Wachstum ist einerseits der Konsum im Inland, der durch Lohnerrhöhungen für Teile der Arbeiter und eine Geldzurück von türkischen Arbeitern im Ausland (1988: 1,7 Mrd. Dollar) angeheizt wurde. Außerdem hat das Tourismusgeschäft in der Türkei ei-

der Özal noch eine andere kapitalistische Regierung kann, gemäß die katastrophalen Verhältnisse und den niedrigen Lebensstandard in der Türkei verbessern. Dies könnte nur durch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft erreicht werden.

Kapitalismus überwinden! Ein notwendiger Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wäre zum einen eine Landreform, bei der



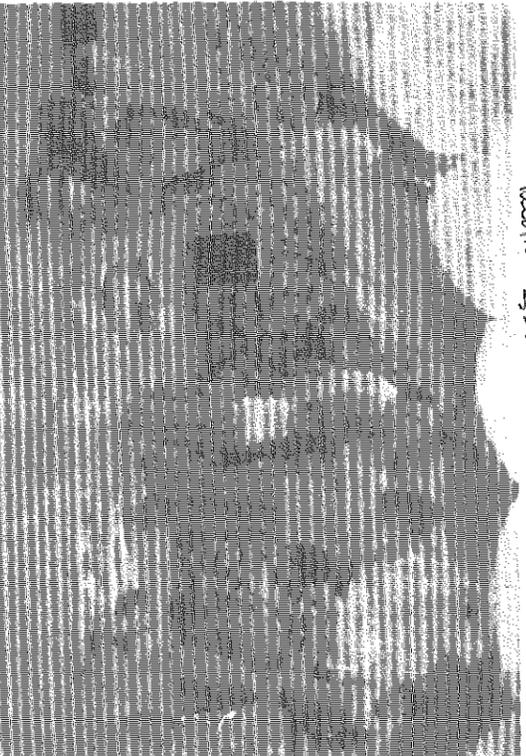
Polizei geht gegen demonstrierende Arbeiter vor.

nen Boom erlebt, es wurden Gewinne von 2,5 Mrd. Dollar daraus gezogen. Beide Wachstumsfaktoren können jedoch keinen stabilen Aufschwung gewährleisten. Die im Ausland lebenden Türken können ihren Familien kein Geld mehr schicken, wenn die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern wieder zunimmt (z.B. in der BRD/DDR). Das Tourismusgeschäft ist

großen Schwankungen ausgesetzt, besonders wenn die politische Lage in der Türkei instabiler wird. Seit Jahren bemüht sich die türkische Regierung um eine Vollmitglied-schaft in der EG. Doch an dem Zutritt des schwachen Industrielandes haben die Herrschenden der Europäischen Gemeinschaft kein Interesse. Sie

Schlechte wirtschaftliche Perspektiven

Mit brutaler Unterdrückung auf der einen Seite und Zugeständnissen an Teile der Bevölkerung auf der anderen Seite versucht die Regierung, die Lage wieder in den Griff zu bekommen. Premierminister Özal sah sich gezwungen, Teilen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die nächsten drei Jahre eine Lohnerhöhung von 142% zuzugestehen in der Hoffnung...



Kurdistan - die Unterdrückung des Volkes hat sich weiter verschärft. damit eine breitere Bewegung zu verhindern.

Bei einer Meinungsumfrage wurde kürzlich deutlich, daß die regierende „Mutterpartei“ (ANAP) in der Tat in einer schweren Krise steckt. Özal und seine Partei kamen nur noch auf 8%. Da es im türkischen Parlament eine 10%-Hürde gibt, ist fraglich, ob die ANAP bei den nächsten Wahlen überhaupt ins Parlament kommt. Auch das Wirtschaftswachstum, mit dem sich die Regierung rühmt,

schöpfen auch so genügend Profite aus der Türkei ab, denn der Großanteil der Industrie ist in der Hand des ausländischen Kapitals. Eine Mitgliederschaft der Türkei mit 52 Mio. Einwohnern würde sich für das Kapital nicht lohnen, und der Visazwang für Türken innerhalb Europas müßte aufgehoben werden. Eine EG-Mitgliedschaft würde im übrigen keines der grundlegenden Probleme, wie Arbeitslosigkeit und Inflation lösen (siehe Portugal). We-

wendigen Produkte hergestellt werden, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken und den Lebensstandard zu erhöhen. Es gäbe die Möglichkeit, mit den freigesetzten Mitteln den Bau von Straßen, Wasser- und Stromleitungen in Angriff zu nehmen.

Auch die Unterdrückung des kurdischen Volkes würde von einer zukünftigen Arbeiterregierung aufgehoben werden, mit der Garantie des Selbstbestimmungsrechtes eines jeden Volkes.

Die Situation in der Türkei läßt den Kampf zwischen der kapitalistischen Klasse und den Arbeitern neu aufblitzen. Aber noch gibt es keine revolutionäre Massenalternative. Viele Arbeiter kämpfen auf gesellschaftlicher Ebene und unterstützen die sozialdemokratische Partei SHP. Islamisch-fundamentalistische Ideen können erst dann in Zukunft eine größere Rolle spielen, wenn die Arbeiterbewegung die Chance für die Veränderung der Gesellschaft verpassen wird. Doch solche Chancen wird es demnächst noch einige geben.

Die türkische Arbeiterbewegung hat sich von dem schweren Rückschlag durch den Militärputsch 1980 erholt und befindet sich auf dem Vormarsch. Die kämpferische Stimmung bei den Arbeitern wird auch daran deutlich, daß sich der Führer des proletarischen Gewerkschaftsverbandes TURK-İS gezwungen sah, sich selbst als radikal zu bezeichnen. Mehr und mehr Arbeiter werden im Laufe der kommenden Kämpfe sozialistische Schlussfolgerungen ziehen.

Angelika Teweleit, Kassel
Jungsozialistin

Internationale Notizen



Brasilien

Seit Ende Mai und über den Juni streikten die Mercedesarbeiter von Campinas. Sie fordern einen Inflationausgleich von 160 Prozent, die Einrichtung einer Fabrikkommission, die den bundeseinheitlichen Betriebsräten vergleichbar ist, die Einführung der 40-Stunden-Woche und gleiche Löhne für vergleichbare Tätigkeiten. In anderen Städten wurden bei Mercedes schon Verbesserungen erkämpft. In Sao Bernardo existiert schon seit langem eine Fabrikkommission, gegen die sich die Bösse besonders wehren.

Elfenbeinküste

Das zentralafrikanische Land erlebt einen bisher noch nicht da-gewesenen Aufschwung gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe. Busfahrer und andere Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst, sogar viele Polizisten, verweigern im Mai und Juni die Arbeit, um höhere Löhne durchzusetzen. Je nach Berufs-

gruppe gibt es nämlich seit vier bis zehn Jahren einen Lohn- und Gehaltsstopp, während die Inflation ein Viertel bis zu mehr als der Hälfte der Kaufkraft aufgezehrt hat. Die Regierung hat immer weniger reale Macht. Auch Rekruten konnten über Meutereien Verbesserungen durchsetzen; Gefängniswärter drohen, Gefängnisse freizulassen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Für den Herbst wird eine drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und eine zunehmende politische Radikalisierung erwartet.

Bangladesh

Mitte Juni wurde die Hauptstadt Dhaka durch einen Generalstreik völlig lahmgelegt. Der ausdrückliche politische Protest richtete sich gegen den neuen Haushaltsplan und die damit verbundenen Steuererhöhungen. Oppositionsgruppen fordern den Rücktritt des Präsidenten Husain Mohammad Ershad und die Auflösung des Parlaments.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Hallo Genossinnen und Genossen, nach den Kommunalwahlen in der DDR hab' ich mir fast den Kopf zerbrochen, warum die SPD wieder so schlecht abgeschnitten hat. Ich kam nur zu dem Ergebnis, daß dies mit der Koalition zusammenhängen muß. Am 17. Mai las ich in der Zeitung „Wir in Leipzig“ einen Kommentar, welcher meine Vermutungen bestätigt. Diesen Kommentar möchte ich Euch nicht vorenthalten:

„Quo vadis SPD? Was ist nur mit der SPD los. Während die im Westen nach den Wahlerfolgen vom letzten Wochenende wieder aus der Leihnarbe erwacht, in die sie nach dem Köhler-Anschlag auf Oskar Lafontaine gefallen war, ist die DDR-Schwester durchgehend. Zu Beginn der Wende als 50-Prozent-Partei gehandelt, sackte sie im Wahlkampf immer weiter ab. Der 18. März ein De-saster, besonders im erstmals so „rotten“ Sachsen. Bei der Kommunalwahl war's nicht besser. Woran liegt es bei der SPD? Da ist die Personalpolitik. Böhmische müße gehen, obwohl die Vorwürfe angeblicher Stasivergangenheit bis heute nicht bewiesen wurden. Markus Meckel

Es grüßt Euch alle ganz herzlich
Thomas Kohmann, Böhlitz (DDR)
SPD-Mitglied und Juso

„... und die Kleinen?“

Diese Frage bekomme ich fast jedesmal gestellt, wenn ich auf der Straße oder im Betrieb über Planwirtschaft diskutiere. Vielen ist klar, daß wir unsere Grundbedürfnisse nur sichern können, wenn wir die demokratische Kontrolle über die 200 größten Konzerne, Banken, Versicherungen und Verlage haben. Doch die eine Frage bleibt: Was geschieht mit den kleinen und mittleren Betrieben? Es gibt ja unzählige kleine Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe wie Kioske, Gaststätten und Familienbetriebe. Soll man die alle plötzlich verstaatlichen?

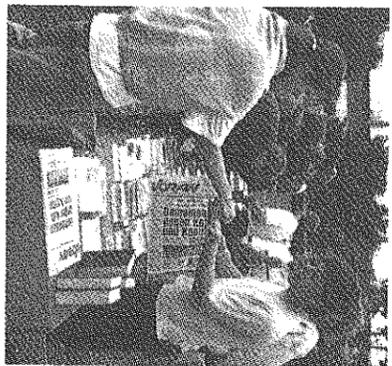
Ich denke, nein, sondern halte es eher für fatal, wenn man mit der großen Prinzipienkeule ranklotzt und jeden Kleinbetrieb von heute auf morgen verstaatlichen will.

Ich selbst komme aus einer Handwerkerfamilie mit einem Geschäft von 4-5 Angestellten, deshalb kenne ich die Situation solcher Betriebe recht gut. Zwar sind die Chefs dieser Kleinbetriebe nicht direkt lohnabhängig, aber oft stehen sie unter dem Druck von Banken, die den Start in die „Selbständigkeit“ finanzieren - sie fressen Zins und Zinsseszins am ohnehin geringen Gewinn.

Schließlich sind Kleinbetriebe schlagartig von Wirtschaftskrisen betroffen: Mit der Kaufkraft sinkt das Geschäftseinkommen. Dabei gehen tausende Klein- und Mittelbetriebe zugrunde, zumal die Banken sie dann meist fallenzulassen; kein Umsatz, kein Kredit! Die bloße Forderung nach „allgemeiner Verstaatlichung“ hier und jetzt gegenüber Klein- und Mittelbetrieben greift an der Realität sowie dem Bewußtsein vieler Kleinunternehmer vorbei. Vielmehr bietet die Vergesellschaftung der großen Konzerne, Banken usw. erst die Grundlage dafür, daß die „Kleinen“ aus ihrer miserablen Lage herauskommen: Mit zinsgünstigen Krediten und Lieferverträgen o.ä. im Rahmen der gesamtgesellschaftlich geplanten Wirtschaft könnte zunächst die Existenz des Mittelstandes gesichert werden - anders als jetzt im Kapitalismus; zugleich wäre es dann möglich, die „Kleinen“ zu unterstützen, daß eine Verteilung der Arbeit

Ich möchte VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name:
 Anschrift:
 T. Telefon:
 Bitte einschenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, T. Telefon 02 21 / 13 45 04



Verkauf von VORAN auf dem Juso-Pfingstcamp: Über 400 Zeitungen fanden ihre Leser. Es gibt schon viele regelmäßige Käufer. Warum also kein Abonnement verlohnen? Viele SPD-Genossen, Kollegen, Freunde, Verwandte sind sicher bereit, zu abonnieren, wenn Du sie ansprichst. Neben Berichten über vorbildhafte Zeitungskäufe sollten uns auch solche über Abo-Werbungen zugesandt werden.

Verkauf VORAN

Kurz: Planwirtschaft ist kein „reines Prinzip“ für Marxisten, sondern sie muß für die Menschen da sein, die sie demokratisch verwalten!

Sozialistische Grüße
Jens Breuß, Juso aus Hamburg

Mißbrauch von christlicher und marxistischer Lehre

Nach dem Brand von Rom im Jahre 64 n. Chr., der vermutlich von Kaiser Nero selbst angelegt wurde, machte Nero die Christen dafür verantwortlich und ließ sie mit abscheulichen Methoden umbringen. Trotz der über 200 Jahre andauernden Verfolgung gewannen die Christen immer mehr Anhänger dazu. Angesichts dieser Realität, die nicht auszurotten war, besann sich Kaiser Konstantin (306-337) darauf, das Christentum für seine Zwecke nutzbar zu machen.

Der dann stattfindende Mißbrauch der christlichen Lehre durch die Zusammenarbeit der Volksbeherrscher mit der Kirche überlebte bis in die heutige Zeit. Kreuzzüge (Eroberungskriege im Namen Gottes), ausschweifendes Leben bei Papste, Hexenverfolgungen und andere Greuelaten in vergangener Zeit sind die am meisten bekannten Beweise dafür. Abgesehen davon, daß die Mehrheit des Volkes damals nicht lesen konnte, gab es die Bibel bis zur Übersetzung durch Martin Luther nur in lateinischer Sprache, damit nicht die geringste Möglichkeit bestand, sich über den wahren Inhalt der Bibel zu informieren.

Auch in der heutigen Zeit nennen sich Politiker christlich, schüren aber Ausländerhaß und nehmen es gelassen hin, daß zirka sechs Millionen Menschen in der BRD unter der Armutsgrenze leben und Reiche noch reicher durch Steuergeschenke gemacht werden. Die Kirchenfürsten unserer Zeit - abgesehen von einigen aufrechten Christen an der Basis - sichern sich einen Dreck darum, die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern. Trotz dieser Verbrechen, die im Namen Jesu Christi begangen wurden, besteht das „real existierende Christentum“ weiter.

Offener Brief an Helmut Kohl

Herr Kohl, durch die dramatischen Umbrüche im Ostblock ist jegliche Notwendigkeit für eine deutsche Armee restlos entfallen. Nur für das wirtschaftliche Wachstum ist es noch sinnvoll, weiterhin „abzurufen“ und gleichzeitig aufzurufen. Doch Ihre Gier und die Illerer Parteigenoss(in)en - verzeihen Sie, ihrer Parteikameraden - nach ständig steigenden Wachstumsraten sollte einmal Platz machen für die einmalige Chance, jenseits aller Zweifel klarzustellen, daß von Deutschland nie wieder Kriegsgelahr ausgehen wird. Deutschland könnte ausnahmsweise eine Vorbildfunktion für die gesamte Welt übernehmen. Herr Kohl, bewahren sie das letzte bisschen Moral und überschwenken sie nicht Jahr für Jahr über 50 Mrd. DM für den Bundesdeutschen Wehretat, genügend Geld, um 60 Millionen vom Hunger tod bedrohten Menschen in der 3. Welt - soviel Menschen wie in der Bundesrepublik leben - ein hungerfreies Leben zu ermöglichen. Deshalb fordere ich Sie auf, über einen ihrer (sehr großen) Schatten zu springen, und im Zuge der vorerst (aber nur vorerst!) nicht zu verhängenden Vereinbarnehmung der DDR durch das BRD-Kapital sich wenigstens für die Abschaffung der Armee einzusetzen!

Wenn Kohl aber immer noch von Großdeutschland in den Grenzen von 1937 träumt, wird er sich auch nicht für die Abschaffung der Armee einsetzen und lieber 60 Mio. Menschen vernichten lassen. Deshalb ist es notwendig, daß alle Jungsozialisten und sozialistischen SPD-Mitglieder die Forderung nach einer Abschaffung der Armee innerhalb der SPD durchsetzen, damit die SPD damit Bundestagswahlkampf macht!

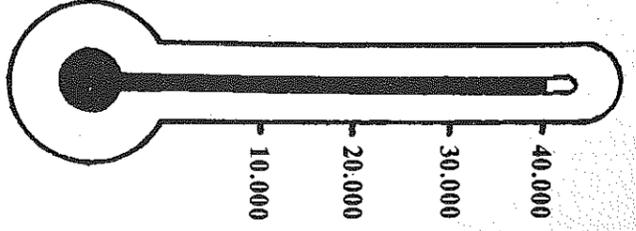
Thomas Mächtle, Kassel

Kampffonds „Was macht Ihr mit dem Geld?“

Auf der VORAN-Diskussionsveranstaltung beim Juso-Pfingstcamp wollte ein Teilnehmer wissen, was wir mit dem Geld wohl machen, das wir einsammeln. Eine sehr wichtige Frage! Ein anderer Teilnehmer gab ihm auch gleich die Antwort: VORAN ist die einzige Tendenzzeitung im Spektrum der organisierten Arbeiterbewegung, die nicht den Illusionen in die „soziale“ Marktwirtschaft anheimzufallen ist, sondern sie bekämpft sie und setzt sich nach wie vor für eine internationale sozialistische Gesellschaftsordnung ein.

So gesehen schwimmen wir momentan mit unseren Ideen gegen den Strom. Umso nötiger, daß wir mit einer starken Zeitung die Perspektive einer Zukunft anbieten können, die wir selbst bestimmen. Das bedeutet, daß wir Geld brauchen für die Ausstattung der Redaktion, für den Druck der Zeitung und für anderes Material, um marxistische Ideen unter die Leute zu bringen. Das heißt aber auch, daß wir nur von denjenigen finanziell unterstützt werden wollen, die wie wir ein Interesse daran haben, den Kapitalismus zu bekämpfen.

Und daß es sehr viele davon gibt, wurde auf dem Pfingstcamp selbst deutlich. Ca. 3000 DM wurden für den VORAN-Kampffonds gesammelt und mehr als 400 Zeitungen verkauft. Bei der Demo gegen §218 am 16. Juni in Bonn wurden - hauptsächlich durch den Verkauf von Butrons - 1500 DM eingenommen und ca. 200 Zeitungen verkauft. Auch einzelne Leser sind bereit, mit ihrer Spende zum Aufbau der VORAN beizutragen. So gaben z.B. Andre Buschmann, Maler aus Hamburg und SPD/BSE-Mitglied sowie Birgit Breuß, Einzelhandelskauffrau und Jens Fölsler, Elektroniker aus Elmshorn, je 10 DM für die Zeitung. Tillmann Blume, Schlier „mit wenig Taschengeld“ aus Kassel, spendete sogar 20 DM für ein Exemplar. Mit diesen und anderen Spenden stiegen die



Spendenkonto:
VORAN, Postgironamt Essen
 BLZ 36010043
 Kto.-Nr. 250059-430

Ich möchte
 VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
 VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
 (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon:
 Bitte einschenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
 Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Konto-Nr. 250059-430



Studentenwerk Aachen

Der Personalausgleich murr her!

Elke Pöhl
 Auf Lohn verzichten die Arbeiter- und Angestellten im öffentlichen Dienst bei den letzten Tarifverhandlungen. Über die Arbeitszeitverkürzung sollen neue Stellen geschaffen, mehr Leute eingestellt und so die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Doch in vielen Betrieben warten die Beschäftigten noch heute auf den versprochenen Stellenausgleich. VORAN sprach mit Manfred Engelhardt (*) und mit Beschäftigten im Studentenwerk Aachen.

VORAN: Kannst Du kurz die Lage im Studentenwerk Aachen beschreiben?
 Engelhardt: Das Studentenwerk Aachen unterstützt dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW unter Ministerin Anke Brunn (SPD). Wir sind 300 Beschäftigte, davon sind 200 Frauen. Unser Personalbestand ist seit 1985 unverändert geblieben. Damals produzierten wir 1,5 Mio. Essen pro Jahr, 1989 waren es 2,5 Mio. Essen.

Die Schwierigkeit, die wir zusätzlich haben, sind eine verringerte Arbeitszeit ohne Personalausgleich. Es ist ja bekannt, daß der öffentliche Dienst Lohnverzicht geleistet hat, weil gesagt worden war: Durch die verkürzte Arbeitszeit wird der Arbeitsmarkt entlastet, würden Neuenstellen

lungen vorgenommen. Hier haben die öffentlichen Arbeitgeber ihr Versprechen nicht gehalten. Es hat keinen Personalausgleich gegeben, sondern die Arbeitszeitverkürzung hat zu einer Leistungsverdrückung für die Beschäftigten geführt.

„Wir geben keine Ruhe“

Die große Arbeitsbelastung führt immer wieder zu hohen Krankenständen. Wir sind dann z.B. gezwungen, umweltschädliches Plastikgeschirr einzusetzen, denn die Kolleginnen an der Spülmaschine werden an anderen Stellen gebraucht, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. In den Mensen, in denen es bisher keine Spülmaschinen gab, werden jetzt welche angeschafft und auch Personal dafür eingestellt.

stellt. Wenn aber darüber hinaus kein Personalausgleich stattfindet, werden wir schnell wieder vor dem selben Problem stehen, daß die Spülmaschinen stillstehen und Plastikgeschirr ausgeteilt wird, weil insgesamt Personal fehlt.

Wir haben schon im Februar die Landesregierung in einer Pressekonferenz darauf aufmerksam gemacht, daß das Studentenwerk, wenn es keinen Personalausgleich gibt, in den Ausnahmestand treten wird. Danach hat es eine Welle von Leserbriefen von den Beschäftigten und aus der Studentenschaft an die Presse gegeben, in denen auf die Lage aufmerksam gemacht wurde. Im April gab es dann die ersten Warnstreiks in unseren Mensen in Aachen und in der Mensa in Jülich, wo auch die Ministerin Anke Brunn zugegen war. Bei der Gelegenheit hat sie mich u.a. als „Ratentänger“ bezeichnet. Aber wir geben auch jetzt noch keine Ruhe. Am 13. Juni haben wir Personalversammlungen, zu der wir die Aachener Landtagsabgeordneten (SPD) eingeladen haben.

„In der Theorie sieht das alles schön aus“

Wolfgang
VORAN sprach auch mit Beschäftigten: Wie sehen Sie die Forderung nach dem Personalausgleich?
 Kollegin: Den Personalausgleich müssen wir einfach haben, denn ohne



Die Beschäftigten stehen zusammen.

Personalausgleich schaffen wir das überhaupt nicht mehr. Wir sind mit vier bis fünf Frauen in der Spülküche I. Hier kommt jeden Tag das Geschirr von über 3000 Essen an. Außerdem noch das aus der Cafeteria. Wir haben ja manchmal nicht mal mehr Zeit, zur Toilette zu gehen, so schlimm ist das. Früher waren wir mal mit zehn bis elf Kolleginnen in der Spülküche, heute sind es vier bis fünf. Die Anzahl der Essen ist aber gestiegen.

Wolfgang
Was sagt ihr dazu, daß die Landesregierung den Personalausgleich nicht gibt, obwohl ihr dafür auf Lohn verzichten habt?
 Ja versteht die überhaupt was von Arbeit, die Landesregierung? Die soll

len sich mal hier hinsetzen, sollen mal die ganze Arbeit machen, dann sehen die auch, was wir alles zu tun haben. Vom Schreibtisch, in der Theorie sieht das alles schön aus.
Und nach den Landtagswahlen, bei denen die SPD wieder die absolute Mehrheit geholt hat?
 Davon haben wir hier noch nichts gemerkt.
Wie soll es denn jetzt weiter gehen?
 Wir werden uns wohl weiter kaputt machen. Irgendwann wird es vielleicht neue Proteste geben. Da setzt sich ja auch der Personalrat für uns ein.

(*) Zur Kenntlichmachung der Person: Manfred Engelhardt ist Personalratsvorsitzender im Studentenwerk Aachen.



Warnstreik der Beschäftigten des Aachener Studentenwerks - die Mensa ist leer.

Mitra in Weiden

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

In Weiden, einer ostbayerischen Stadt mit 40.000 Einwohnern, trug sich im April letzten Jahres ein Betrug an der Arbeiterklasse zu.

Das Weidner Werk der Flachglas AG, in dem Kunststoffteile vor allem für die Automobilindustrie produziert werden, trat zu diesem Zeitpunkt aus der Flachglas AG aus und nennt sich seither Mitras GmbH. Da es nun nicht mehr Glas produziert und nicht mehr der Flachglas angehört, gelten nicht mehr die Tarife für Glas, sondern für Kunststoff, die um rund 20% niedriger liegen. Gleichzeitig wurde das 4-Schicht-System ausgeweitet, was eine zusätzliche Belastung der Arbeiter bedeutet. Die Löhne wurden von ca. 15 DM auf ca. 12 DM gesenkt. Die bereits vorher dort Beschäftigten mit festen Arbeitsverträgen erhalten zwar Ausgleichszahlungen bis 1992, jedoch werden z.B. spätere Sozialansprüche nach Stundenlohn berechnet.

Die Gewerkschaftsführung war gegen einen Streik. Der Betriebsratsvorsitzende vertrat schon früher nicht konsequent die Interessen der Beschäftigten, als er die Einführung von „freiwilliger“ Mehrarbeit akzeptierte. Dabei führte er als Begründung an, daß „wir dies hinnehmen müssen, um den Betrieb und die Arbeitsplätze zu erhalten“.

Nachdem die Lohnsenkung vollzogen war, kündigten einige Stammarbeiter, die Aussicht auf besser bezahlte Arbeitsplätze hatten, und das 4-Schicht-System wurde ausgeweitet. Die dabei freigewordenen Stellen wurden schnell von Frauen, Arbeitslosen

Dadurch entsteht bei den Stammarbeitern(innen) Wut auf die Übersiedler, da sie angeblich „uns die Arbeitsplätze wegnehmen“.

Der ehemalige Mitras-Mitarbeiter M. sagte zu VORAN: „Die Übersiedler sind nicht daran schuld, wir hätten gegen die Lohnkürzung kämpfen müssen.“

VORAN: Wie siehst Du zu einem Streik?
 „Streik ist das wirksamste Mittel der Arbeiterschaft, um gegen Ausbeutung und um mehr Rechte zu kämpfen. Damit könnten wir mit der Produktion die Unternehmer unter Druck setzen. Doch oft fehlt es an der Organisation.“
Und was ist mit der Gewerkschaftsführung?

„Die stecken doch letztendlich mit den Unternehmern unter einer Decke. Wir Arbeiter sind doch immer die Dummen... Egal in welchem Land.“

Der Manager der Mitras erscheint in der lokalen Presse oft als Brotgeber, dem die Stadt Steuern und Arbeitsplätze verdankt.

„Das ist doch Quatsch, letztendlich sind es doch wir Arbeiter, die alles produzieren und wirklich arbeiten. Für mich ist dieser Manager ein Betrüger, der wegen seiner Stellung das Gesetz auf seiner Seite hat.“

Doch damit wir Arbeiter nicht „die Dummen“ bleiben, müssen wir in die Gewerkschaften hinein und sie in wirkliche Kampforganisationen verwandeln. Dieses Beispiel zeigt, wie der Arbeiterschaft das genommen werden kann, was sie in jahrzehntelangen Kampf erreicht hat. Wir müssen uns

VEB Jugendmode Rostock

Kahlschlag steht bevor

Ein Kahlschlag steht der Bekleidungsbranche in der DDR bevor. Im VEB Jugendmode Rostock sollen 980 der 1550 Beschäftigten entlassen werden. Gleichzeitig soll der VEB in eine GmbH umgewandelt werden.

Als erstes sollen die 360 ausländischen Mitarbeiter (70 Kubaner und 290 Vietnamesen) entlassen werden. Sie leben in drei großen modernen Wohnheimen, welche vom Betrieb extra für sie gebaut wurden. Sie wohnen dort zu einer niedrigen Miete, Strom und Wasser sind frei. Diese Wohnungen sollen dann zu marktwirtschaftlichen Bedingungen vermietet werden.

Der VEB ist der größte Jeansproduzent in der DDR. Im Sortiment sind Hosen, Röcke, Jacken und Thermojacken. Insgesamt werden jährlich 1,5 Mio. Stück produziert. Nach der „Gesundenschimpfung“ sollen die verbleibenden 570 Beschäftigten 600.000 Stück Bekleidung herstellen. Trotz modernster Technik aus dem Westen

Werk Kalle, Firma Höchst AG Rationalisierung und Arbeitsnetze

Dieser Bericht aus dem Werk Kalle der Firma Hoechst AG stammt von mir, einem Lehrling, der im Zeitraum vom 25.12.1989 bis zum 27.5.1990 als Aushilfe in einer Wiederanfertigungsstelle für Fehlfabrikation der Folienherstellung arbeitete.

Gearbeitet wird dort im 4-Schicht-System: Früh-, Spät-, Nacht- und Wochenendschicht, ca. zweimal im Monat. Hitze, schwere körperliche Arbeit und Lärmbelastung bestimmen die Arbeitsbedingungen. Die Modernisierung läuft seit geräumter Zeit auf vollen Touren. Ziel ist es, mit einem Minimum an Arbeitsplätzen maximale Produktivität zu erreichen. Kollegen, die vorher zu zwei an einer Maschine

liegt der Betrieb 30-40% über den Produktionskosten einer vergleichbaren westlichen Firma. Das liegt vor allem an einigen Einrichtungen im sozialen Bereich. So wurden z.B. für die ausländischen Kollegen Dolmetscher, Ausbilder und Betreuer eingestellt. Jeder Arbeiter erhält in der Nachtschicht neben seinen Schichtzuschlägen ein kostenloses, warmes Mittagessen. Der VEB hat eine eigene Berufsschule, welche jährlich 100 Bekleidungsfacharbeiter ausbildet. Das sind Bereiche, welche aus Kostengründen total gestrichen werden sollen. Sogar die Betriebsküche soll in ein Restaurant umgewandelt werden.

Kollegen verkaufen selbst

Der Einzelhandel in der DDR nimmt den DDR-Betrieben keine Warte mehr ab, da sie alle auf Westprodukte setzen. Damit der Betrieb nicht auf der Ware sitzenbleibt, wurden in einer Selbsthilfefaktion direkt vor dem

stet. Für Kollegen, die in Frührente gehen, wird kaum ein neuer eingestellt, das Durchschnittsentgelt bei Höchst beträgt ungefähr 55 Jahre. Leitende Schichtangestellte haben die Aufgabe, das Tempo und das Arbeitsklima zu verschärfen. Dies geschieht durch straffe und hierarchische Strukturen. Der Schichtführer ist in der Lage, sich durch kleine Privilegien, die er verteilt, „Spitzel“ zu halten, die ihm über die Arbeitsmoral seiner Kollegen berichten und ihn informieren, was so am Arbeitsplatz geredet wird. Dann versucht dieser Führer ganz gezielt, die Stimmung zu beeinflussen. Das beste Beispiel ist das Teille- und herrsche-Prinzip: Er betreibt

Finrentor Jeanshosen und Röcke, Windjacken und andere Produkte verkauft. Bedarf ist vorhanden, die Leute stehen Schlange. Eine Kollegin berichtet, daß man noch mehr Ware verkaufen könnte, wenn man mehr LKW's hätte, um in andere Städte und aufs Land zu fahren.

Die Menschen in der DDR haben bei der Wahl gezeigt, daß sie eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards wollten. Doch selbst in einem „Vorzeige-VEB“ wie dem in Rostock sieht man, wie unsozial die Marktwirtschaft tatsächlich ist. In wie niger modernen Betrieben werden die Auswirkungen der Währungsunion noch katastrophaler sein. Massenarbeitslosigkeit in der DDR steht bevor. Aber die Bevölkerung der DDR wird merken, daß das nicht die Ziele waren, wofür man im Herbst und im Winter auf die Straße ging.

Oliver Brunnhaver, Aachen Jungsozialist

aus.
 Der Stimmung, die dann dort entsteht, könnte im besten Fall durch einen guten Vertrauensmann oder Betriebsrat entgegengewirkt werden. Doch oft werden diese Posten zu sehr als Karriereleiter angesehen. So erkennen die Kollegen nicht den Unterschied zwischen den Arbeitgeberverbänden und der Gewerkschaft, der IG Chemie.

Die IG-Chemie-Führung sagt, sie habe die besten Tarifabschlüsse erreicht. Aber die Unternehmensgewinne in der Chemieindustrie stiegen um 25%, doch die Neuschaffung der Arbeitsplätze betrug ganze 0,6%. Wenn das der Einzelne sieht, fragt er sich: Warum soll ich in die Gewerkschaft eintreten? Die Gewerkschaften sollten Verbände sein, die die Arbeiter im Kampf zusammenschließen und dann eine starke Gegenbasis gegenüber den Arbeitgeberverbänden bilden.

Alteine sind wir machtlos. Die Arbeiter werden werden niemals etwas freiwillig zugestehen. Organisiert Euch in den Gewerkschaften und bringt eine

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

10.000 demonstrieren in Bonn

Weg mit dem §218

Am 16. Juni machte ich mich mit Mann und Kindern zur Anti-§218-Demonstration nach Bonn auf, voller Hoffnung und Erwartung - sollte es doch die größte Demonstration zu diesem Thema seit 15 Jahren werden.

Das Thema ist jetzt wieder brandaktuell, denn es ist klar, daß Kohl und die Koalitionsparteien (mit Schützenhilfe der Kirche und der bayerischen Ultrarechten) die Vereinigung dazu benutzen wollen, erstens die bestehenden Fristenlösung für DDR-Frauen rückgängig zu machen, und zweitens die Rechtslage für die Frauen in der BRD durch den Wegfall der sogenannten „Notlagenindikation“ weiter zu verschärfen.

Da hilft nur eine politische Kampagne, die auf breiter Front von der SPD und den Gewerkschaften angeführt wird. Doch gerade in diesem

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeiterkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Auflösung der Bundeswehr. Dabei garantierte Arbeitsplätze für alle ehemaligen Soldaten in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen. Die eingesparten Summen werden für Verbesserungen der Lebensbedingungen der Bevölkerung gebraucht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplatz für die Beschäftigten.
- Garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungsunternehmen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für einen demokratisch angelegten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialen Durchsetzungsprogramms mobilisiert.

Wohnungsnot in Göttingen Hausbesetzung gegen Wohnungsspekulation

Das Haus Nr. 10 in der kurzen Straße steht seit ca. einem Jahr leer, trotz einer Riesezeit von ungefähr 9000 fehlenden Wohnungen! Dabei liegt dieses Haus mitten in der Fußgängerzone, besitzt eine vollausgestattete Großküche und zwei Hinterhäuser, so daß mindestens 50 Menschen hier eine Wohnung finden könnten.

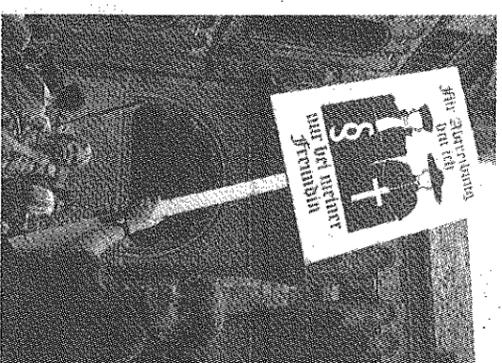
Am Freitag, dem 1. Juni, zogen dort ein paar mutige Hausbesetzer ein, zeigten sich sofort gewillt, Miete zu zahlen, das leicht beschädigte Vorderhaus mit eigenen Mitteln zu renovieren und traten bald auf die Solidarität des Inhabers eines gegenüberliegenden Geschäftes. Der Hausbesitzer ahnte wohl, daß noch mehr Leute die Besetzer unterstützen könnten. Also verlangte er die sofortige Räumung und stellte Strafanzug wegen Hausfriedensbruch. Natürlich bekam er seinen Willen, die Hausbesetzer zeigten sich umsonst entgegenkommend.

Die Polizei ging bei der Räumung mit der üblichen Brutalität vor. Die Besetzer flüchteten in eine gegenüberliegende Kneipe und wurden dort die

teiligung von 50.000 ohne weiteres möglich gewesen, hätte z.B. die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften zur Demo angemessen mobilisiert. So ging leider im allgemeinen die Demo völlig an diesen Frauen vorbei.

Generell fand ich die Veranstaltung ziemlich unpolitisch. Positiv davon abgehoben hat sich meiner Meinung nach nur Gudrun Hamacher vom DGB-Vorstand, die wenigstens den Zusammenhang zwischen Abtreibung und den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen herstellte: die Wohnungsnot, der Mangel an Kindergärten- und Hortplätzen, die niedrigen Löhne und ungeschützten Arbeitsverhältnisse der Frauen sind alles Faktoren, die die Entscheidung schwangerer Frauen eher negativ beeinflussen. Wer hat nicht den Anspruch, sein Kind unter menschenwürdigen Bedingungen auszugetragen und zu erziehen? Doch die meisten Betroffenen sehen sich mit einer Gesellschaft konfrontiert, die ihnen das Recht abspricht, selbst zu entscheiden, ob sie das Kind wollen, aber das Leben

Interview mit Arne Grimm,
Vorsitzender der DDR-Jusos
Unabhängige Arbeiterorganisationen
in der Sowjetunion
Seite 5
Seite 8



Frauen auf der Demo in Bonn.

Entbindungsnotstand Frauen brauchen Hebammen

Die Geburt eines Kindes - für Mütter und Väter ist es der vielleicht wichtigste Augenblick in ihrem Leben. Für das Söhnchen oder Töchterchen ganz bestimmt. Eine optimale Betreuung der werdenden Mutter sollte selbstverständlich sein. Sowohl medizinisch aber besonders in menschlicher Hinsicht, um Mutter und Kind die Geburt so normal wie irgendmöglich zu gestalten. Darum soll sich die Hebamme kümmern.

Besonders vor diesem Hintergrund sind die Arbeitsbedingungen der 5000 Hebammen in der BRD nur als skandalös zu bezeichnen. Das Jahr 1990 wurde vom Deutschen Hebammenverband zum Aktionsjahr ausgerufen. VORAN sprach mit zwei Aachener Hebammen über die Lage und ihre Forderungen.

Wo liegen die Gründe für Euren Protest?

Bei den Krankenhaushebammen muß man erst mal sagen, daß es zu wenige gibt, d.h., daß zu wenig eingestellt werden. Und die müssen auch noch unheimlich viel Zeit mit organisatorischen Dingen verbringen. Papierkram erledigen, Formulare ausfüllen, den Kreißsaal reinigen, statt sich um die Frauen zu kümmern. Bei den organisatorischen Sachen kann man nicht kürzen, kürzen kann man dann nur noch bei der Betreuung der Frau. Es kommt häufig vor, daß eine Hebamme 3-4 Geburten gleichzeitig betreuen muß. Mit der Konsequenz, daß die Sicherheit für Mutter und Kind dann nicht mehr gewährleistet ist.

Eventuelle Komplikationen werden gar nicht oder viel zu spät erkannt, weil einfach, die Zeit fehlt, sich mit dieser Frau zu beschäftigen. Das kann bis zur Schädigung des Kindes z.B. durch Sauerstoffmangel führen. Oder auch nach der Geburt, daß du nicht siehst, daß die Frau stark nachblutet. Ganz abgesehen von der psychischen Betreuung, die auch ganz wichtig ist während der Geburt. Da läuft natürlich auch nicht mehr viel, wenn du von einer Frau zur anderen rennst. Für die Frau ist es ja auch nicht gerade toll,

ter (Arzt im Praktikum) und anderes Pflegepersonal ersetzt werden. Die Hebamme ist dafür da, während einer normalen Geburt der Frau von Anfang an Hilfestellung zu geben und zu betreuen mit dem Ziel, daß es eine normale Geburt bleibt. Der Wegfall der Hebamme würde zu einem normallerweise unnötigen Einsatz der Apparatemedizin führen, zu vermeidbaren Komplikationen und ginge damit Lasten der Frau und des Kindes. Die Erfahrung der Hebamme ist eben nicht zu ersetzen.

Was sind Eure Forderungen?

Eine Verbesserung der Arbeitsituation insgesamt, indem mehr Hebammen eingestellt werden. Für berufsende Tätigkeiten müßte mehr Personal eingestellt werden. Außerdem fordern wir eine angemessene Bezahlung.

Was habt Ihr bisher an Aktionen gemacht?

Wir haben einen Info-Stand in der Innenstadt gemacht, sehr viele Unterschriften gesammelt und nach Borsdorf geschickt. Das hat uns wirklich angehen überlassen, daß sich sehr viele Leute dafür interessiert haben. Und wie soll es weitergehen? Habt Ihr mal an Demos oder Streik gedacht?

Das ist im Bundesverband noch nicht diskutiert worden. Eigentlich ist im Moment nichts Konkretes mehr geplant. Die Stimmung bei den Hebammen fängt aber an, immer unzufriedener zu werden. Es ist ganz wichtig, daß das in die Presse, an die Öffentlichkeit kommt. Man könnte schon eine Menge Druck machen.

Gibt es Unterstützung durch die ÖTV?

Bisher nicht. Weil der Bundesverband dort noch nicht nachgefragt hat. Aber du brauchst jemanden, der den Rücken stärkt, das öffentlicht macht. Das wird immer dringender. Das Interview führten Oliver Brunnhölter und Maria Kimmel, Jungsozialistinnen in Aachen.